

# Volksrecht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Rem. Gumpertz, N. 14, und durch Buchhandlungen zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Bogen 20 Pf. Sendung bis nach Belgien 2.75, nach Ostpreußen 2.75, nach Ost- und Westpreußen 2.75, nach Ost- und Westpreußen 2.75, nach Ost- und Westpreußen 2.75.

Belegblätter für die städtische Verwaltung oder deren Beamten 25 Pfennige, für Vereine und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Zusätze für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 8 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 140.

Mittwoch, den 20. Juni 1906.

17. Jahrgang.

## Das Recht des Reichstages.

Zwei monarchistische, streng ordnungsfreundliche Zeitungen predigten am letzten Sonntag die eine den Umsturz der Verfassung, die andere den direkten Anarchismus der Zeit.

Die „Kreuzzeitung“ beschäftigt sich in ihrer politischen Wochenübersicht wohlgefällig mit neuen Vorschlägen, die auf Abänderung des bestehenden Reichstagswahlrechts abzielen. Es handelt sich, so führt sie aus, darum, den umhüllenden Einfluß der Massen auf das Wahlergebnis zu beseitigen, mit anderen Worten darum, das deutsche Volk vollkommen rechtlos zu machen. Der Gedanke, die Wählerchaft in Wahlkreise zu gliedern, die mit Grundbesitz der Berufsangehörigen aufzubauen seien, werde gegenwärtig mit wachsender Entschiedenheit vertreten. Also — Stände, wie vor 1848. Dazu bemerkt das Organ der konservativen Reichstagsfraktion wörtlich:

Der Gedanke ist allerdings vorzuziehen, und wir sprechen offen aus, daß ein auf dieser Grundlage aufgebautes Wahlrecht das System der Zukunft sein muß. . . .

Eine solche Aeußerung ist immer wertvoll, wenn sie von dem führenden Organ einer Partei getan wird, die bei den letzten Reichstagswahlen immer noch mehr als neunhunderttausend Stimmen auf sich vereinigt hat, sie ist aber nicht neu; ebensowenig ist die feige Schlussbemerkung neu, die die „Kreuz-Ztg.“ ihrer Betrachtung hinzusetzt; da ein Versuch zur Beseitigung des Reichstagswahlrechts zur Zeit ausichtslos sei, werde der praktische Politiker gut tun, sich theoretischer Erörterungen über das, was an seine Stelle zu setzen ist, bis auf weiteres zu enthalten. So ist ja auch Graf Stolberg, als die Wirbelsäule und Mantelstück des preussischen „Herrenhauses“ wider die Reichsverfassung tobten, spornstreichs aus dem Reichstag herbeigekittelt, um, noch atemlos, zu erklären, die konservative Reichstagsfraktion habe sich noch nie in ihren Sitzungen mit diesem heissen Thema beschäftigt. Sinnvoller sind ja die Wähler des allgemeinen Wahlrechts noch die „geehrten Herren“, erst wenn man sie rechtlos gemacht und zur Panatelle herabgestoßen haben wird, wird man sie wieder ganz als Panatelle behandeln dürfen!

Schlimmer als die „Kreuzzeitung“ treibt es die evangelisch-soziale „Tägliche Rundschau“, ein Polizeiblatt niedrigen Ranges, die offen die Parole des Ungehorsams gegen die Gesetze ausstößt. Und das hängt so zusammen: Die „Freisinnige Zeitung“ brachte am Sonnabend die schier unglaublich klingende Mitteilung, die Wilsterbahn Kubub-Reetmannshoop solle entgegen den Beschlüssen des Reichstags doch gebaut werden. Die Regierung werde ganz einfach den Mitteln, die ihr vom Reichstag als Kriegsmittel zur Niederwerfung des südwestafricana-

schen Aufstandes bewilligt wurden, einige Millionen entnehmen und die nicht bewilligte Anteile als „Anleihe“ auf eigene Faust bauen lassen. Die Vorarbeiten, die Vermessung der Strecke und die Festlegung der Trasse seien von den Truppen bereits ausgeführt worden, und die Firma Benz, dem der Auftrag zugedacht war, denke gar nicht daran, ihr Arbeitspersonal zurückzugeben.

Sind diese Mittelungen der „Freisinnigen Zeitung“ richtig, so handelt es sich hier um eine Verletzung der Reichsbeamten gegen die Gesetze, um einen einfachen Akt der Anarchie. Das ist so klar, daß nicht viel Worte darüber verloren werden müssen. Jeder organisierte Arbeiter weiß, daß die statutenmäßig gefaßten Beschlüsse seiner Organisation für ihn bindend sind; er kann auf ihre Abänderung hinarbeiten, wenn er sie für schädlich hält, wird sich aber ihnen unterordnen, solange sie bestehen. Wo dieser Grundsatz verlassen wird, hört alle Ordnung und alles Recht auf! Solange der Reichstag für den Bau der Bahn Kubub-Reetmannshoop kein Geld bewilligt hat, darf daselbst kein Geld ausgegeben werden. Wenn den Reichsbeamten der geltende Beschluß des Reichstags nicht gefällt, können sie alle zulässigen Mittel anwenden, um die Volkvertretung bei der nächsten Gelegenheit umzustimmen; aber sie müssen den Beschluß respektieren, solange er besteht.

Die „Tägliche Rundschau“ aber, die als Polizeiblatt ein Ordnungsblatt erster Ordnung ist, erklärt sich mit einem solchen Ausbruch der Anarchie an den obersten Reichstagsstellen vollkommen einverstanden. Sie schreibt:

Wir haben von diesem Plan bisher nichts gehört, würden aber, wenn er bestände und wenn man den Mut hat, ihn auszuführen, aufrichtig begrüßen.

Wir glauben auch nicht einmal, daß der Bau der Bahn als Militärbahn im Reichstag große Empörung wecken würde. . . . man würde es vielleicht nicht ungern sehen, wenn ein Ausweg aus dem Dilemma nicht lange gesucht, sondern trübselig eingeschlagen würde. Freilich gehört dazu einige Entschlossenheit von Seiten der Regierung.

Offenbar wollen die herrschenden Kreise dem Volke ein leuchtendes Beispiel dafür geben, wie man mit Gesetzen umzugehen hat, die einem nicht passen! Mit „einiger Entschlossenheit“ sollen die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages beseitigt werden, vielleicht würde dann unter veränderten Umständen und von anderer Seite dasselbe Experiment mit den verfassungsmäßigen Rechten der Regierung vorgenommen werden. Das will man dem Volke vormachen, damit es weiß, wie es sich in künftigen Fällen zu verhalten hat. „Freilich gehört dazu einige Entschlossenheit von Seiten des Volkes!“

Wir sind nie dazu geneigt gewesen, die Rechtskomödie der herrschenden Klassen irgend wie ernst zu nehmen. Die geltende Ordnung ist ihnen nur insoweit heilig, als sie ihren Unterdrückungszwecken dient, alles aber, was diesen Zwecken entgegen ist, mag es noch so fest in Gesetz, Ver-

fassung und den besten Rechtsüberlieferungen des Volkes begründet sein, ist ihnen vogelfrei; man wartet nur auf die Gelegenheit es zu beseitigen. So ist das Recht des Reichstages, die Art seiner Zusammenfassung, die — ohnehin geringe — Ausdehnung seiner verfassungsmäßigen Gewalt das Ziel ihrer unausgesetzten tückischen Angriffe.

Die deutschen Arbeiter sind offene und ehrliche Gegner der bestehenden sogenannten Rechtsordnung. Aber das Wenige, was sie innerhalb dieser Ordnung an unüberwindlichen menschlichen Grundrechten besitzen, werden sie sich nicht nehmen lassen, nicht durch List, nicht durch Gewalt. Sie sind keine Freunde der jetzigen Mehrheit dieses Reichstages, werden es aber an sich nicht fehlen lassen, wenn es gilt, sein Recht zu schützen: das Wahlrecht, auf dem er beruht, das Staatsrecht, das er übt, sind Rechtsgüter des Volkes, die gegen hinterlistige Angriffe der Reaktion gedeckt werden müssen, mit Argumenten, solange sie genügen, wenn es sein muß, aber auch mit menschlichen Weisheit. Wenn die herrschenden Klassen wissen, daß das Volk geschlossen für sein Recht einsteht: werden sie sich hüten, sich an ihm zu vergreifen.

## Politische Uebersicht.

### Kriegsherr und Berufssoldat.

Eine militärische Korrespondenz will zu berichten, daß bei den nächsten Kaisermonarchen die „Schlachtentätigkeit der Kavallerie“ abermals eine sehr große Rolle spielen werde. Der Kaiser werde auch diesmal das Kavalleriekorps zu schneidigen Akziden führen, obwohl der Chef des Generalstabs Graf Moltke ebenso wie die weitesten militärischen Kreise, der „Schlachtentätigkeit der Kavallerie“ sehr skeptisch gegenüberstehe. Aber der Kaiser sei nun einmal der unbedingten Ansicht, daß die deutsche Kavallerie im nächsten Kriege zu durchschlagenden Erfolgen berufen sei; das habe er wiederholt in geradezu begeisterten Worten betont. Dazu wird nun weiter bemerkt:

Nun, das sind eben Ansichten. Wir unparteiisch meinen, daß die Kavallerie heutzutage darauf verzichten muß, die Feuerkraft einer Regener, unerschütterlichen und hinreichend mit Patronen versehenen Infanterie mitzuberufen; sie würde durch die von allen Seiten über sie hereinbrechende Kugelsaat zu Grunde gehen. Selbst, wenn es für die Kavallerie gilt, den Rückzug der eigenen Truppe zu decken oder diese gar vor der vollständigen Vernichtung zu bewahren, so wäre es richtiger, dem Feinde mit dem Karabiner in der Hand entgegenzutreten, als einen Todesritt als letzten Verzweiflungszug zu wagen.

Dazu bemerkt der militärische Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“, Herr Oberst a. D. Gaedde, es sei sehr erfreulich, daß solche Uebersetzungen in militärischen Kreisen Raum gewinnen. Man sollte froh sein, von dem „Parabolyt der Schlachten-Aktaden“ endlich einmal frei zu werden. Seit mehr als hundert Jahren sei keine einzige Schlacht durch Reiterei zur Entscheidung gebracht worden, wohl aber hätten schon unter Napoleon die Reiterangriffe auf Fußvölker der attackierenden Truppe häufig und mehr Prozent Verluste gebracht. Der Oberst Gaedde fügt folgenden allgemeinen Betrachtungen wörtlich noch das Folgende hinzu:

Auf den Kaiser sind schon in jungen Jahren sozial aufgabener politischer, künstlerischer und wissenschaftlicher Art ein-

## Das Stuttgarter Hugelwännlein.

Erzählung von Eduard Mörike.

20)

Sobald die Herrschaften, vom Schultheiß gebührend empfangen und in das Rathaus geleitet, auf der Mittlere Platz genommen, einige vornehme Gäste jedoch an den Fenstern, begann sogleich der Mummenschanz.

In guter Ordnung kamen aus der Gasse an dem Rathausged beim Brunnen mit dem feineren Ritter so einzelne wie ganze Rollen aufgezogen.

Zum Anfang wandelte daher der Winter als ein alter Mann, den lichten Sommer führend bei den Händen, als eine hübsche Frau. Sie hatte einen Rosenkranz auf ihrem ungeflochtenen gelben Haar, ein Knäblein trug den Schlepp ihres Gewands samt einem großen Blumenkranz, ein anderes trug ihm ein Kohlenbecken nach und einen bürren Dornbusch. Auf seinem Haupt und Pelz war Schnee vom Zunderbäcken; sie raubte ihm blitzweilen einen Bissen mit zierlichem Finger davon zur Zeitung bei der Stipe, das er aus Geiz ihr gern gewehrt hätte.

Nun ritt der hölzerne Siegfried ein mit einer großen Schär, auch der schreckliche Hagen und Volter.

Dann gingen zwanzig Schellenarren zumal ein kleiner Leine, die stellten sich sehr weise an, da jeder Blindlings mit der Hand rückwärts den Hinterrücken bei seiner Nase zupfen wollte; der letzte griff gar mühslich immer in der Luft herum, wo niemand mehr kam. Auf einem hölzernen Wagen, gezogen von vier schwarzen Rassen, fuhr der Saufteufel, der Spielteufel und ihr Geschwisterkind, Frau Soffahrt, mit zweien Korabellen, und hatten zum Fuhrmann den köhernen Tod.

Jetzt segelte ein großes Schiff daher auf einem niederen Gefell; dies war mit wasserblauem Zeug bedeckt, und sah man daran keine Räder noch solche, die es trügen. Auf dem Vorderbord stand der Patron, ein niederländischer Kaufherr, welcher sich die fremde Stadt so im Vorübergehen beschaute.

Dahinter kam ein Kropfger und Knebler mit zimmerlichen blauen Beinen und führte seinen wunderbaren Kropf auf einem Schubkarren vor sich her mit Seuffzen und häufigen Zähnen, daß er der Ware keinen Käufer finde, und rief dem Schiffsherrn nach, sein Fahrzeug hänge schief und mangelte Ballast, er wolle ihm den Kropf um ein Billiges lassen. Gar ehrlich beleuerte jener, desselben nicht benötigt zu sein; doch als ein mitleidiger Herr hielt er ein wenig an und gab dem armen Seiterer viel Trost und guten Rat: er möge keines Pfundes sich nicht ängern, vielmehr sein Hüten und pflegen, es sollte ihm wohl wuchern, wenn er nach Schwaben fuhr auf Cannstadt zum ungeschaffenen Tag: es möge leicht für ihn den Preis dort fangen. Da dankte ihm der arm Managall tausendmal und fuhr gleich einen andern Weg: der Kaufmann aber schiffte weiter.

Mit andern Marktwettern, ausländischer Mundart und Tracht, kam auch ein irisches Bauernmädchen, rief: „Wesen, liebe Frauen! Wesen! — Sogleich erziehen auf dem Vorderbord des Schiffs ein leichtfertiger Jüngling in abgerissenen Kleidern, eine lange Feder auf dem Hut und eine Laute in der Hand. Sein Faltenauge suchte und fand die Verkäuferin flugs aus dem Hausen der andern heraus, und zum Patron hinspringend, sagte er mit Eifer, in dieser Stadt sei er zu Haus, er habe gerade geschlafen und hätte schier die Zeit verpasst; er wolle da am Hasendamm aussteigen, wofern der Patron es erlaube und ein wenig anlegen möchte. Der gute Herr rief dem Patronen, es ward ein Brett vom Schiff aus Land gelegt, der Jüngling küßte dem Kaufmann die Hände mit Dank, daß er ihn mitgenommen, sprang hüben und auf das Bauernmädchen zu. Nun führten sie ein Heil selbender auf, dazu er seine Saiten schlug. Während desselben hielt der ganze Zug, und alles horchte still.

Grüß dich Gott, heralieber Schatz,  
Dich und deine Wesen! —  
Grüß dich Gott, du schlimmer Bichi!  
Wo bist du gewesen? —

Schatz, wo ich gewesen bin,  
Darf ich dir wohl sagen:  
War in fremde Lande hin,  
Hab' gar viel erfahren.

Sah am Ende von der Welt,  
Wie die Bretter dastan,  
Noch die alten Nonnen hell  
Al' in einem Rasten:

Sah wie schlechte Fischhuch aus,  
Sonne kam gegangen,  
Lufft' ich nur ein wenig drauf,  
Brannt' mich wie mit Hangan.

Hät' ich noch ein' Schritt getan,  
Hät' ich nichts mehr funden.  
Sage nun, mein Liebchen, an,  
Wie du dich befunden!

In der kalten Winternacht  
Hefest du mich sitzen?  
Ach, mein schwarzbraun Neugelein  
Musste Wasser schmecken!

Darum reiß in Sommernacht  
Nur zur all' Welt Ende!  
Wer sich gar zu lustig macht,  
Kannst ein schlechtes Ende.

Mit diesem Abschiedsgruß ließ sie ihn stehen. Er spielte, der Dirne gelassen nachschauend, seine Weise noch vollends hin aus, stieg sich den Hut aufs linke Ohr und ließ hinweg.

Es traten ferner ein fünf Würfelmauler. Das waren von alters her bei der Stuttgarter Fasnacht fünf Gagertrüchte, mit Kreuzerwürsten über und über behangen, daß man sonst nichts von ihnen sah. Sie hatten jeder über das Gesicht eine große Rindsbälge gezogen, mit ausgehöhlten Augen, das Haupt bekränzt mit einem Blunzen-Ring. Wenn es nachher zur Nachtzeit ging, dann durften die Kinder der Stadt, für die kein Platz war an den Tischchen, kommen und durfte sich jedes ein Würfellein abbinden, der Maulkeles hielt still und bildete sich, wenn es nötig war; dazu wurden Wenden in Menge verteilt.

Noch gab es viel mutwillige und schöne Stambanen, deren ich ungern geschweige.

Nachdem der ganze Mummenschanz an den drei Seiten des Markts langsam herumgezogen und links vom Rathaus abgezogen war, dem Hirschen zu, bestiegen die Springer und Tänzer das Seil.

Der Seppe war die ganze Zeit an seinem Platz verharrt, auch hatte er sich lang' nicht offenbart gemacht, doch endlich tat er dies auf schlaue Art, indem er sich gehelm zur Erde blickte und schmerzhaft aufstand, dadurch es etwa denen, so zunächst an ihm gestanden, schien, als schlüpfet' er unter den Klanten hervor. Von wegen seiner edlen Kleidung wiesen ihn die Wärdler auch nicht weg, denen keiner ihn kannte; nur seine alten guten Freunde grüßten ihn von da und dort mit Winken der Verwunderung.

Der Seppe hatte bis daher alles und jedes, die ganze Mummerei, geruht, obwohl mit unvertandtem Aug und Ohr an ihm vorbeiziehen lassen. Wie aber jetzt die fremden Gaukler, lauter schöne Männer, Frauen und Kinder, in ihrer lustigen Tracht ihre herrliche Kunst zeigen ließen und ihnen jegliche Verachtung, als Tanzgen, Schwaben, Sichvertwenden, Niederfallen, Knien, so gar unschwer von staten ging, als wäre es nur gefahren, kam ihn auf einmal große Murr an, ja ein unstillbares Verlangen, es ihnen gleich zu tun. Er merkte aber bald, daß solche Lust ihm von den Füßen kam, denn alle heede, jetzt zum ersten Mal einträchtig, zogen und drängten ihn sanft mit Gewalt nach jenem Fleck hin, wo das Seil an einem starken Pflock am Boden festgemacht war und schief hinan; bis an die vorherige Gabel. Der Seppe dachte: Dieses ist nur wieder so ein Scherz wie mit der Dreherlei, und fiel ihm auch gleich ein, daß Meister Hugelmann, auf dessen Gebeth er heut die Stückschau alle zween anlegen müssen, das Nachen habe fast nicht bergen können. Er ließ die Beine hart wider das Pflaster, strakte sich selbst mit innerlichem Schreien ob solcher irdischen ja göttlichen Versuchung und hielt sich unablässig vor im Geißel Schmach, Spott, Gelächter, oder großen Menge Menschen, dazu Schwindel, jähen Sturz und Tod, so lang' bis ihn der Stedig auf der Haut ausging und er seine Augen hinwegwenden mußte.

(Fortsetzung folgt.)

gestand, daß es unbillig wäre, von ihm auch in militärischen Dingen die Erfahrung zu verlangen, die ein durch ernste und langjährige Studien gebildeter Oberleutnant besitzen muß.

Herr Oberst Gaebele scheint uns um den Kern der Dinge doch ein wenig herumzugehen. Nach der bestehenden monarchischen Verfassung des Deutschen Reiches ist der Kaiser oberster Befehlshaber aller deutschen Truppen im Kriege, seine Anordnungen sind für die Kriegsführung entscheidend, und seinen Befehlen muß die Ausführung von Kavallerieeinheiten befolgt werden. Wenn also der Kaiser in einem zu wichtigen Kriege die Ausführung von Kavallerieeinheiten befehlen wird, so werden sie auch geritten werden, wie immer die Verhältnisse darüber entscheiden mögen. Es kommt also gar nicht darauf an, ob es „billig“ oder „unbillig“ ist, vom Kaiser etwas zu verlangen — nämlich die Berufssoldaten und sonstigen Untertanen von einem Kaiser gar nichts zu verlangen“ haben, sondern nur dann eine untertänige Bitte vorbringen dürfen, wenn es ihnen ausdrücklich erlaubt worden ist. Das Problem, um das es sich hier handelt, scheint uns nicht zu sein, ob die Ansichten des Kaisers richtig sind oder nicht, sondern vielmehr, ob die Ansicht eines einzelnen Mannes in großen Schlachtfeldern der Kaiser entscheidend sein darf auch gegen die begründete entgegenstehende Auffassung der Hochscholien, mit anderen Worten: es handelt sich darum, ob die Monarchie eine gute oder eine schlechte Einrichtung ist. Die erste Pflicht eines monarchisch regierten Volkes im Kriege ist nicht zu fliehen, sondern zu gehorchen! Herr Gaebele ist also so lange Oberst a. D., bis er das ganz vergessen zu haben scheint.

### Zur Reichstagswahl in Hannover

Wird uns aus dem Wahlkreise geschrieben: R. Nur noch einige Tage trennen uns von dem Tage der Wahl und doch haben die Gegner bis heute — abgesehen von den Deutsch-Hannoveranern, die auf ein paar Dörfern ihre Getreuen zusammengetrommelt — noch nicht den Mut gefunden, in öffentlichen Versammlungen für ihren Kandidaten Propaganda zu machen. Einzige die Sozialdemokratie hat eine ganze Reihe von Versammlungen abgehalten, in denen die Gewissen Drey und Wollenbude gesprochen. Weitere politische Versammlungen finden statt. In einer derselben spricht am Mittwoch der Genosse Bebel.

Mit desto größerer Unerblichkeit ist der Reichsverband in Aktion getreten. Das parteilose „Hannob. Tageblatt“ und der „unparteiische Hannob. Anz.“ drachten den eine ganze Seite füllenden Aufruf des Bürger-Ausschusses, welcher Aufruf die Sozialdemokratie und ihre Führer in der schamlosesten Weise verächtlich und verkleumd. Heute prangt an den Anschlagssäulen und an allen Ecken ein riesengroßes Plakat mit der Überschrift: „Den werten Genossen ins Stammbuch“. Unter der Überschrift: „So, Bauer, das ist ganz was anders“, wird darin ein höchst einseitiges Gerücht des — vom Nadderodach vom 6. Mai wiedergegeben, durch das die Sozialdemokratie der doppelten Moral beschuldigt wird. — Des Geistes Kind der „Bürger-Ausschuss“ ist, das zeigen die feinen in Umkleekleid getriebenen beifüglichen Einzelnungen, auf welchen, jedenfalls um die Angehörigen zu höheren Beiträgen anzureizen, an erster Stelle der Reichsverband mit 1200 und an zweiter dessen hiesige Ortsgruppe mit 600 Wählern eingedruckt prangen.

Auch die Nationalliberalen haben sich — durch die Tageszeitungen an die Wähler gewandt. Der Wahlausschuss für die Kandidatur Hinz, wie das nationalliberale Wahlkomitee sich schamhaft nennt, verschweigt offensichtlich das es sich bei dieser Kandidatur um einen nationalliberalen Kandidaten handelt; es wird nur gesagt, daß er in einer Versammlung, zu der alle auf nationalem Boden stehende Wähler eingeladen waren,“ aufgestellt wäre. Man scheint also in nationalliberalen Kreisen eingesehen zu haben, daß der Nationalliberalismus allen öffentlichen Kredit verloren. Den Arbeitern wird die Wahl Hinz empfohlen mit dem verbilligenden Hinweis: „Unser Kandidat weiß ganz genau um Eure Lage Beschäft.“, ein Köder, auf den höchstens Kriegervereine anbeißen.

Im Zentrumslager herrscht noch immer die größte Geschäftigkeit. Trotz beständigster Resonanz von Berlin und Köln aus, halten die hiesigen Zentrumswähler an der Kandidatur Halberger fest, was der „Köln. Volksztg.“ zufolge ein Beweis, daß ihnen „alles und jedes Verständnis für die Zentrumspolitik abhanden gekommen ist.“

Nach in letzter Stunde haben auch die Bündler einen eigenen Kandidaten, den Hofbesitzer Holzgrefe-Eldogge, aufgestellt, um möglichst viele ländliche Wähler an die Wahlurne zu bringen, und damit eine Stichwahl herbeizuführen, von der sie alles Heil hoffen.

Für den Tag der Wahl organisiert der Bürger-Ausschuss einen umfassenden Schlepperdienst. Privatfuhrwerke und Automobile sollen die tausende von säumigen Wählern, von denen man annimmt, daß sie ausschließlich bürgerlich wählen, zur Urne schleppen.

Sei! wird das ein lustiges Treffen werden, um dessen Ausgang den hiesigen Genossen nicht lange ist. Die gemaltigen Herrschaften der sozialdemokratischen Arbeiter werden mit klingenem Schiel und klagenden Föhnen den unter Führung des Reichsbürgerverbands einherhumpelnden bürgerlichen Parteien im ersten Ansturm eine Niederlage bereiten, daß sie nicht zum zweiten Male sich Hoffnung auf einen Sieg machen.

### Sozial und Kapitalismus.

Die Berliner „Zeit am Montag“ veröffentlicht ein Dokument, das für die Geschichte des Berliner Hofabells, wie jene des modernen Sozialismus in gleicher Höhe interessant ist. Es ist ein Brief, gerichtet an den Flügeladjutanten des Kaisers, den Oberleutnant Grafen Schmettow, und unterzeichnet von dem Director der Hamburg-Amerika-Linie, Herr von Grumme, worin der letztere es abseht, einen Stellungsbesuchenden Fremden des Flügeladjutanten in dem Hofabell der Hamburg-Amerika-Linie unterzubringen. Die entscheidenden Stellen des Briefes lauten:

In der Angelegenheit v. Z. muß ich Ihnen leider mitteilen, daß gar keine Kandidaten vorhanden sind, um bei uns unterzubringen. Wir sind bereit mit Gefallen überzukommen, daß wir wenig in der Richtung den Beschluß fassen, bis auf weiteres alle Gesuche abzulehnen. ... Ganz abgesehen von anderen Gründen sind wir ja bereits angewiesen, ein Personal heranzubringen, welches auch tatsächlich den Anforderungen genügt ist. Wenn möglich, wir auch nur am liebsten den

suchen Folge lassen, so würde die Hamburg-Amerika-Linie in wenigen Jahren so fruchtbar werden, wie der Österreichische Lloyd, der lediglich aus der Ursache zu Grunde geht, weil er gezwungen ist, Verdrängungen, die in Wien und anderswo nicht mehr zu gebrauchen sind, anzustellen. Gestaltungen, weil er hohe Investitionen seitens des Staates besteht und infolgedessen sich nicht weigern kann, Bittsteller anzunehmen. ... wenn ich auch zugebe, daß Herr v. Z. vielleicht eine gewisse Geschäftsroutine sich erworben hat, so dürfte er vom Abberedertische nichts verstehen, ganz abgesehen davon, daß wir nicht in der Lage sein würden, ein Gehalt von 8000 Mk. jemandem zu geben, der auf unserem Gebiet noch völlig unbekannt ist.

Aus diesen Briefstellen läßt sich der ganze Sachverhalt ohne Mühe klar erkennen. Der Flügeladjutant des Kaisers, Graf Schmettow, wendet sich an den Direktor Hallin mit dem Ansinnen, er solle einen arbeitslosen Hottabakter in seinem Vertriebe unterbringen. Vom Abberedertische versteht der Mann nichts, dafür soll man ihm 8000 Mark jährlich bezahlen. Herr von Grumme weist den höchsten Bittsteller ab, mit der sehr richtigen Bemerkung, das Geschäft würde auf den Hund kommen, wenn es auf derartige Erbietungen eingehen würde.

Es bleibt nun noch zu erklären, wie ein Flügeladjutant des Kaisers dazu kommt, dem Direktor eines großindustriellen Unternehmens so intime Anerbietungen zu machen. Das Rätsel ist sehr einfach. Herr von Grumme hat nämlich selbst eine Karriere jener Art gemacht, wie er sie Herr v. Z. grausam genug verweigert; Herr von Grumme ist — Korvettenkapitän a. D. und ehemaliger Flügeladjutant des Kaisers. Es ist beinahe ein welt besseres und vielleicht auch ein angenehmeres Geschäft, der Adjutant Hallin's, als der des deutschen Kaisers zu sein, und so kommt es, daß Herr v. Grumme's Beispiel in Hofkreisen härteren Eindruck gemacht hat, als ihm selbst lieb ist. Der hungerige Kleinadel Potsdams drängt sich, in den Dienst des reichen lässlichen Knebers zu treten. „Es ist geradezu unheimlich, wie wir hier mit Anstellungsgesuchen überlaufen werden.“

Ludwig der Vierte selbst, dieser stolze Adige, zieht bereits in seinem Schloß zu Versailles den Hut und erniedrigt sich vor dem Juden Samuel Bernabé, dem Reichthum der damaligen Epoche, um ihn zu einem Lehnen geneigt zu machen. ... Ja, der Regent sah sich genötigt, Erlässe zu erlassen, in welchen verordnet wurde, daß die Adligen, ohne sich etwas zu vergehen, in den See- und Kriegsdienst dieser Handelsgesellschaften (Navy's) treten könnten. Dahn war also bereits damals der kriegerische und stolze Feudaladel Frankreichs gekommen, den bewaffneten Kammis für die industriellen und kommerziellen Unternehmungen der alle Weltteile durchziehenden Bourgeoisie zu machen.

So schildert Cassalle in seinem „Arbeiterprogramm“ die sozialen Zustände des vorrevolutionären Frankreichs.

### Und noch 200 Millionen zu Flottenzwecken!

Als zugleich mit der nunmehr bewilligten neuen Flottenvorlage das Gerücht ausbrach, der Bau größerer Schlachtschiffe werde die Verbreiterung des Nordostkanals notwendig machen, wurde diese Nachricht von offizieller Seite entschieden bestritten. Wollte man einen Anbruch allgemeiner Mißstimmung verhindern, der es dem Zentrum am Ende doch unendlich gemacht hätte, die neuen Hundertmillionen für den Kanal des Kaiserthums zu legen, so mußte man die Kosten der neuen Vorlage so gering wie möglich angeben, und die kostspieligen Ausgaben, die durch die Bewilligung der Vorlage weiter entstehen müßten, inulich verheimlichen. — Jetzt aber meldet der halböffentliche „Volksanzeiger“ des Herrn Scherl, eine Kommission von 30 höheren Regierungsbeamten habe kürzlich die Strecke des Kanals bereist, um ein umfassendes Projekt für die Verbreiterung des Wasserweges auf seine Durchführbarkeit zu prüfen. Die Kosten des Projekts werden vorläufig auf 200 Millionen Mark veranschlagt. Es kann vielleicht also schon im nächsten Winter eine Schlachtschiffen-Kanalvorlage vor den Reichstag kommen. Diese abzulehnen wird dann Pflicht des Reichstags sein!

### Den Lobrednern der neuen Handelsverträge

kann eine Stelle im Jahresbericht des Bergbauischen Vereins zu denken geben, zumal dieser Verein gewiß nicht als Gegner der Regierungspolitik gelten kann. Es heißt da:

Die Befürchtungen, welche an die verschiedenen mit der Neuordnung unserer handelspolitischen Verhältnisse verbundenen Zoll-erhöhungen in den ausländischen Tarifen geknüpft worden sind, haben sich leider schon in einem gewissen Umfang durch teilweise Auswanderung deutscher Industriellen als begründet erwiesen. Es wird der Anwendung der ganzen Intelligenz und Energie unserer Industrie- und Handelskreise bedürfen, um die Schädigungen von unserer Volkswirtschaft fernzuhalten, von denen sie sich durch die Zerschlagung bedroht sieht, welche beim Abschluß der Handelsverträge die gewerblichen vor den landwirtschaftlichen Interessen erfahren haben. Ein Erfolg in dieser Richtung steht nur dann zu hoffen, wenn unsere Erwerbsthätigen in ihrem Bestreben, die wirtschaftliche Weltstellung des Reiches zu festigen und weiter auszubauen, bei der Regierung tatkräftige Unterstützung finden werden, die sich in erster Linie in überaus raschen Maßnahmen auf dem Gebiete des Verkehrsweises zu erweisen haben würde.

Und das sagt der „Bergbauische Verein“, der sicherlich nicht im Verdacht der Regierungsfeindschaft steht! Wer in letzter Linie den Schaden hat, braucht man nicht besonders zu raten, es ist immer der Arbeiter.

### Um das Volksschulgesetz zu beraten, hat das

Herrnhans eine Kommission eingesetzt. Dieser gehören folgende Herren an:

Die Oberbürgermeister Adies-Frankfurt am Main, Beder-Köln, Bender-Breslau, Fab-Riel, Dr. Johannsen-Rindern, Kistner-Berlin; die Grafen v. Brühl, Botho-Teleburg, Windach-Sorwitz, Prasthma, Reichbach-Göschel, Bedel-Göden und Bedel-Piesdorf, Dr. von Diembowski, Generalinspektor S. Faber-Berlin, Prof. Dr. Hillebrandt-Breslau, Herr v. Schomöhl, Herr von Mannefeld, Herr von Landberg-Stemart, Kardinal Dr. Ropp und Geheimrat Dr. Hingpetz.

Von all diesen Leuten hat nicht ein einziger die Volksschule besucht, die Kinder auch nicht eines einzigen von ihnen sind genötigt, die Bänke des „Fortbildungsgymnasiums“ zu krüden und doch haben diese „Herren“ die schwersten Beschlüsse für die gesamte Arbeiterjugend zu fassen. Mögen die Arbeiter aus dieser Tatsache die Lehre ziehen, daß es unerwähliger Agitation bedarf, um statt des „Kaiser- und Herrenparlaments“ ein Volksparlament zu schaffen, das die Wünsche des Volkes berücksichtigt.

### Sozialdemokraten vor deutschen Richtern.

Im Monat Mai wurden an Strafen erkannt: drei Jahre Gefängnis, ein Jahr Gefängnis, eine Woche Gefängnis und 2281.50 Mk. Geldstrafe.

Handige Aufregung hat Deutschland wieder einmal und am unrechten Orte inszeniert. Ein Telegramm aus London meldet uns darüber:

Der „Standard“ versichert, daß die Auffassung der deutschen Regierung betr. das bevorstehende englisch-russische Abkommen eine ruhigere geworden sei, da sowohl die englische als auch die russische Regierung beruhigende Erklärungen in Berlin abgegeben ließen. England und Rußland versicherten selerlich, die neue Entente enthalte keine Spitze gegen Deutschland. England und Rußland erkennen die bevorstehende Stellung Deutschlands in Kleinasien an und wollen ohne Deutschlands Zustimmung nichts über ihre gegenseitigen Interessen in diesem Gebiet abschließen. Die deutsche Regierung habe ihre Befriedigung über die abgegebenen Erklärungen ausgedrückt.

### Mo ihr Werkzeug betrachten die herrschenden Massen

die Justiz. Sie sprechen das nicht immer offen aus, zu wollen aber geht ihr Mund über von dem, daß das Herz voll ist. So plaudert jetzt die nationalliberale Presse diese Beobachtungen:

In letzter Zeit haben unsere Gerichte eine erfreuliche Schärfe gegen sozialdemokratische Angeklagte gezeigt, die in ihrem frischen Draufgängerum an die Vera Lessendorfs-Bismard erinnert. In einem der Prozesse wurde vor dem Staatsanwalt ausgedrückt, daß man jetzt schärfer mit dem sozialistischen Proletariat um ins Zeug gebe, weil sich die Zeiten geändert haben und größte Schärfe Pflicht geworden sei. Die anmaßliche anmutende Haltung mancher roter Blätter ist so aufreizend, daß die Köpfe der urteilschwachen breiten Massen verwirrt werden, und daß es ungerecht ist, wollte man nicht die wahren Schuldigen vieler Straftaten, eben die Hezer in der Presse, auf nachdrücklichste anzuwenden. Als weiterer staatsbehaltender Zweck kommen die Kosten hinzu, die direkt und indirekt den betroffenen Gehältern durch die Prozesse und die Verurteilungen zu Geld- und Gefängnisstrafen aufgebracht werden, und die einerseits die reholutionsäre Bewegung schwächen, andererseits die Hezer einschüchtern. ... Wir finden, daß die Schärfe, mit der in den letzten Monaten die angeklagten Redaktoren behandelt wurde, angesichts der Brutalität der Gegner eher noch zu mild genant werden muß. ... Der Staatsanwalt Köhne in Leipzig hat gesagt, wie man, um ein sozialistisches Schlagwort in der Umkehrung zu gebrauchen, die „Unordnungs-Beiste“ anlassen muß. In diesem Sinne hoffen wir, daß die Regierung weiter größere Schärfe gegen die Umstürzpartei anwenden wird. Reichsanzwiler gegen die „Genossen“ verhalten der Umstürzpartei nur eine Bedeutung, die wir nicht anerkennen können. ... Eine solche Schärfe des Bewusstseins für unsere Staats-An. Uchen, von Vorwärts“ unter der Rubrik „Strafstoß der Parteipresse“ veröffentlichten Aufsatz.

Es ist wirklich sehr nett, daß der Befehl der herrschenden Massen die Justiz daran erinnert, daß sie mitbestens auf dem besten Wege ist, Klassenjustiz zu werden! Unsere Genossen werden das nationalliberale Zugeländnis hoffentlich in die Sammlung der Agitations-tatsachen aufnehmen.

### Frühe kirchliche Erziehung.

Aus dem Reichsland wird uns geschrieben: Eine Verhandlung, die sich gestern vor dem Schöffengericht Truchtersheim bei Straßburg abspielte, hat fast wieder einmal einen sehr trüben Blick in die Erziehungswelt unserer Kirchengenossen tun. In dem genannten Ort hatte sich am Ostermontag ein Gefangenenerhängt, am folgenden Ostermontag wurde nun eine Rolle roher Dorfbutirch nichts Besseres zu tun, als sich mit dem Tode einen Witz zu leisten; sie luden den Leichnam auf einen Karren, formierten eine Art von Gammelszug und zogen mit Jubelgeschrei durch den Ort. Diese eltschaste Handlung wurde natürlich von den demokratischen und sozialistischen Blättern scharf angefaßt, mit dem besonderen Hinweis darauf, daß eine religiöse Erziehung, die es nicht einmal vermöchte, Achtung vor der Majestät des Todes einzusüßen, und deren Resultate sich in Handlungen der frassensten Intoleranz dokumentieren, einen traurigen Schluss auf die Erziehung zulasse. Darob regte sich der kirchliche „Elsässische Volksbote“ gar gewaltig auf und bestritt — mit ihm der Bürgermeister des Ortes — die ganze Geschichte. Die gerichtliche Verhandlung gegen die Butirch ergab jedoch, daß der oben gesagte, von der linksstehenden Presse von vornherein aufgestellte Tatbestand in allen Punkten den Tatsachen entsprach und endigte mit einer Verurteilung wegen groben Unfugs. Die Strafe lautete auf 15 Mark. Das System der kirchlichen Presse, wissenschaftlich abzulernen, ist mit diesem Urteil zum xten Male ins rechte Licht gerückt. Bei den Anhängern der schwarzen Presse ist aber leider so dunkel, daß das hellste Licht nicht hell macht.

### Dritte Klasse für Expresszüge.

Ein Telegramm aus Bremen meldet uns: Die europäische Fahrplan-konferenz, die hier stattgefunden hat, beschloß, bei den Vertragsstaaten die veranschaulichte Einführung der dritten Klasse in Expresszügen innerhalb Europas zu beantragen.

Der Streik in wieder befohlen. Die Baidauer Polizei hatte bekanntlich den Streik der Arbeiter in Baidau am 11. für erloschen erklärt und dem Wirt des Streiklokals, Parteigenosse Seifert, die weitere Hergebe seines Lokals gegen Strafandrohung verboden. Jetzt ist demselben folgendes Schreiben zugegangen: Es wird Ihnen hierdurch eröffnet, daß die an Sie am 5. d. M. ergangene Verfügung wegen Ueberlassung von Räumlichkeiten für das Arbeiter-Komitee zurückgezogen wird. Das Polizeiamt der Stadt Baidau.

### Untersuchung anderer Sandwäcker?

Ein Telegramm: Zum Studium der Deutschostafrikanischen Kolonien wird eine aus 8 Reichstagsabgeordneten bestehende Studienkommission sich mit dem Reichspostdampfer „Kronprinz“ der Deutsch-Ostafrikanische nach Deutsch-Ostafrika begeben. 4 Herren werden sich in Hamburg, die anderen in Havre bzw. Marseille einschiffen.

### Ausland.

#### Die österreichische Reformbewegung und die Ge-

Die Vertrauensmänner der Wiener Gewerkschafts-organisationen haben in einer gemeinsamen Sitzung einstimmig den Beschluß gefaßt, der Proklamation der Parteivertretung über die dreitägige Arbeitsruhe in Wien vollinhaltlich zuzustimmen. Sie haben sich ferner verpflichtet, sofort die notwendigen Vorarbeiten zu beenden, um auf das vom Zentralkomitee gegebene Signal sofort die Arbeitseinstellung zur Durchführung zu bringen. Die Eisenbahner haben in einer Massenversammlung besonders Stellung zu der Frage genommen. Unter förmlichem Beifall wurde auch hier beschlossen, erforderlichenfalls sofort in den Generalstreik einzutreten. Die Eisenbahner sind sich voll bewusst, daß in einem solchen Kampfe gerade sie die entscheidende Rolle zu spielen haben würden. Auch die Bäcker und Metzger bereiten sich auf den Kampf vor.

Als Angeklagter. Ein Telegramm aus Wien meldet uns: Gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Ader wurden in der Vorwoche im Budgetausschuß des Reichstages Beschuldigungen erhoben, daß er bei Vergebung von Hofanbieten in Tirol eigenmächtig vorgegangen sei. Infolge dieser Vorwürfe ist Herr von Ader, bei auf einer Reise nach England begriffen war, hierher zurückgekehrt. Internationale Konferenz betreffend Nacharbeit der Franzosen. Der schweizerische Bundesrat beruft für die Hälfte des September eine internationale Konferenz nach Bern ein, die einen internationalen Vertrag hinsichtlich des Verbots der Nacharbeit der

trauen in der Industrie feststellen soll. Welche einen problematischen Text diese internationalen Vereinbarungen haben, zeigt der internationale Vertrag über das Verbot für Verwendung von gelbem Phosphor in der Rindholindustrie. Da nämlich Japan, wo die Rindholindustrie sehr ausgebreitet ist, den Beschlüssen der Wiener Konferenz nicht beigetreten ist, so lehnen nun auch die übrigen Vertragsländer den Erlass eines solchen Verbots ab.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 19. Juni.

**\* Sozialdemokratischer Verein.** In der am Montag, den 18. Juni, abgehaltenen Mitglieder-Versammlung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung der angekündigte Vortrag des Genossen Klühs abgesetzt, da der Vortrag sowohl als die außerdem zu behandelnden Angelegenheiten, jedes für sich, Wichtigkeit genug besäße, um allein eine Versammlung zu beschäftigen. Nachdem die Genossen Burgund und Nothher über den Schlesischen Parteitag Bericht erstattet hatten, der sich im wesentlichen mit dem in der „Volkswacht“ bereits gegebenen deckte, wurde dem Wunsche Ausdruck verliehen, in Zukunft möge dahin gewirkt werden, daß die Einzelberichte den Delegierten rechtzeitig vor jedem Parteitage zugehen können. Genosse Zahn war von dem Verlauf des Parteitages nur bedingt befriedigt, insofern nämlich, als die Notwendigkeit unermüdete Arbeit in der Provinz unter tünlicher Heranziehung heimischer Nebenerwerb sich mahnend herausgestellt habe.

An Stelle der auscheidenden Agitations-Kommissionen-Mitglieder wurden die Genossen Schütz, Wiener und Albert durch Stimmzettel gewählt.

Dem Antrage, die alte Parteikommission, die Revisionskommission, die neue Lokalkommission und das Komitee in ihrer Gesamtheit durch eine Kommission von 9 Personen zu ersetzen, von denen 6 vom Gewerkschaftsrat, 3 vom Verein zu wählen seien, wurde stattgegeben. Aus der durch Stimmzettel vorgenommenen Wahl gingen die Genossen Wiener, Neukirch und Borsag hervor, nachdem von verschiedenen Mitgliedern auf die Anforderungen, die das Amt an die Befähigung der vorgeschlagenen Genossen stellt, hingewiesen war. Nach Erledigung innerer Parteiangelegenheiten fand darauf die Versammlung ihr Ende.

### Aus der Praxis des Untersuchungsrichters Fiele.

Anlässlich der Voruntersuchung, die das Material zu dem großen Aufbruchprozess herbeischaffen soll, hatten wir mehrfach Veranlassung, uns mit der Geschäftsführung des die Untersuchung führenden Landgerichtsrats Fiele zu beschäftigen und sie einer scharfen Kritik zu unterziehen. Wir konnten auch mitteilen, daß eine ganze Reihe Beschwerden gegen die Praxis des Herrn Fiele anhängig gemacht werden wird.

Durch den gegenwärtig vor dem Schwurgericht zur Verhandlung stehenden Prozess gegen den Major v. Bander sind wir abermals veranlaßt, uns mit Herrn Fiele zu befassen. Der Angeklagte saßte bei seiner persönlichen Vernehmung, nach dem Bericht der „Breslauer Morgenzeitung“, seine Anklage gegen den Untersuchungsrichter in folgende Worte zusammen:

„Ich muß von vornherein bemerken, daß ich vom Herrn Untersuchungsrichter in einer ganz furchtbaren Weise behandelt worden bin. Der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Fiele, hat mich geradezu mit Hohn überhäufelt. Ich bin 32 Jahre alt, Offizier gewesen und mit niemals das Geringste zu schulden kommen lassen. Ich wurde vom Untersuchungsrichter nicht wie ein anständiger Mann behandelt, dem erst die Schuld bewiesen werden muß, sondern wie jemand, der eines Mordes verdächtig ist. Sobald ich eine Einwendung machte, sagte der Untersuchungsrichter: Führen Sie oder ich das Protokoll. Nicht Sie, sondern ich habe zu bestimmen, was in das Protokoll hineinzukommen hat. Ich bin aus tiefstem Herzen Preuse und Deutscher. Ich habe einige 30 Jahre in vollen Ehren den Rock meines Königs getragen, ich hätte es aber niemals für möglich gehalten, daß ein Untersuchungsrichter gegen einen in Preußen so behandelt werden könnte. Ich bin vom Herrn Untersuchungsrichter geradezu mit grinsendem Hohn behandelt worden. Alle meine Entlassungsanträge wurden mit grinsendem Hohn zurückgewiesen. Ich bin erst in den letzten 3 Tagen in der Lage gewesen, etwas zu meiner Entlassung zu tun.“

Und diese Anklagen wurden vom Verteidiger, Justizrat Dr. Ramroth, dahin ergänzt, daß ihm als Verteidiger die Einsicht in die Akten 7 Monate lang verweigert worden ist und daß er den Angeklagten nur in Gegenwart des Untersuchungsrichters sprechen durfte. Er werde daher genötigt sein, die Hauptanklagungsanträge erst jetzt in der Haupt-Verhandlung zu stellen.

Wir meinen, der Justizminister hätte alle Veranlassung, so schnell wie möglich einzugreifen und einem Verfahren ein Ende zu bereiten, das selber zwar nicht mit dem Wortlaut des Strafgesetzes in Widerspruch steht, seinem Geiste aber in einer bisher kaum erhörten Weise spricht.

**\* Zur Lohnbewegung im Baugewerbe** ist zu berichten, daß die Einigungsverhandlungen, die auf Antrag der am Freitag abgehaltenen Maurerverammlung am heutigen Dienstag vor dem hiesigen Gewerbeamt stattfinden sollten, abgesetzt werden mußten, weil der Vorsitzende des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe erkrankt ist.

**\* Zur Einführung der Zigarettensteuer.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Das in Nummer 31 des Reichsgesetzblattes veröffentlichte Zigarettensteuergesetz vom 9. Juni tritt am 1. Juli in Kraft. Nach dem Gesetz sind sämtliche Personen, die gewerbsmäßig Zigaretten, Zigarettenpapier, Zigarettenhüllen und Zigarettenblätter herstellen, ebenso sämtliche Personen, die sich gewerbsmäßig mit dem Verkauf der angeführten Waren befassen, verpflichtet, dies der Steuerbehörde (Steueramt und Zollamt, in dessen Bezirk die Fabrik und die Verkaufsstelle liegt) sofort, also noch vor dem 1. Juli, anzumelden. Die Anmeldung der Hersteller des Zigarettenpapiers, der Zigaretten und Zigarettenhüllen hat schriftlich und in doppelter Ausfertigung zu erfolgen, meist auch die Bezeichnung der Waren und die Angabe zu enthalten, ob und in welchen Räumen der Kleinverkauf stattfindet. Die Hersteller haben gleichzeitig mit der An-

meldung eine Beschreibung des Betriebes, der Lagerräume und der damit in Verbindung stehenden, unmittelbar angrenzenden Räume vorzulegen. Die Zigaretten-, Rauchtabak- und Rauchtobackfabrikanten, die einen kleinen Handel mit Zigaretten betreiben, haben gleichfalls eine Beschreibung der Kleinverkaufsräume dem Steueramt vorzulegen. Ferner haben die Hersteller, Verkäufer und Händler ein Verzeichnis der am 1. Juli d. J. in ihrem Besitze befindlichen Vorräte an Zigaretten, Zigarettenpapier, Zigarettenhüllen und Zigarettenblättern unter Angabe des Kleinverkaufspreises des Zigarettenpapiers und der Zigaretten, sowie die Stückzahl der Hüllen und Blättchen aufzustellen und spätestens bis zum 7. Juli ebenfalls in doppelter Ausfertigung der Steuerbehörde einzureichen. Für Anzeigen und Anmeldungen ist ein bestimmtes Formular nicht vorgeschrieben.

**\* Für die Obervorstadt** findet heute Abend 8 Uhr pünktlich im „Vergeltler“ eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt, in der Genosse Albert über die Frage, warum sich der Arbeiter politisch organisieren muß, sprechen wird.

**\* Für die Gräbischener Vorstadt, Gabitz und Sauerbrunn** findet am nächsten Mittwoch im „Drei Kaiseraal“ auf der Gräbischenerstraße eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Neukirch über die Bedeutung der politischen Organisation sprechen wird. Die Genossen werden ersucht, für guten Besuch dieser Versammlung zu sorgen. Frauen sind eingeladen.

**\* Im Stadtbezirk Böhlowitz** findet Mittwoch, den 20. d. M., eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt mit dem Thema: Welche Steuern muß der Arbeiter in Breslau zahlen? Referent ist Genosse Klühs. Bei der Wichtigkeit der auf der Tagesordnung stehenden Angelegenheit wird zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen erwartet.

**\* Zur Frage der Mittelschulen.** Der Stadtverordnetenversammlung ist vom Magistrat eine Denkschrift des Stadtschulrats Geheimen Regierungsrats Dr. Pfundtner über den Bedarf an Mittelschulen zur Kenneninnahme zugegangen. Er wird an der Hand dieser Denkschrift den Bedürfnissen nachgehen und bei gegebener Gelegenheit besondere Anträge mit ganz bestimmten Vorschlägen einbringen.

**\* Der Volksheimstättenverein für die Provinz Schlesien** hält am Freitag, den 22. Juni, eine außerordentliche Hauptversammlung Nachmittags 8 1/2 Uhr, im Landeshaus zu Breslau II (Gartenstraße 74) ab.

**\* Änderung eines Straßennamens.** Die im Behausungsplan für den Teil der ehemaligen Feldmark Böhlowitz südwestlich der Berliner Chaussee vorgesehene Straße 20, welche von der Berliner Chaussee bis zur Straße 22 führt, hat die Bezeichnung „Böberstraße“ erhalten.

**\* Warenhaussteuer.** Die für das Rechnungsjahr 1906 veranlagte Warenhaussteuer der hiesigen herangezogenen hiesigen Warenhäuser gelangt mit dem auf den Stadtschulrat Breslau nach Abzug der Gewerbesteuer entfallenden Beträge in der Weise auf die Gewerbesteuerpflichtigen der Steuerklassen III/IV zur Verteilung, daß jede Mark Gemeindegewerbesteuer (100 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbesteuer) um 9 Pf. gekürzt wird.

### Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

**\* Achtung, Fabrikarbeiter!** Die für Mittwoch einberufene Mitgliederversammlung fällt wegen Verhaftung des Kol. Joppich aus, die zum Antritt einer wegen Vergehens gegen § 153 G.-O. gegen ihn verhängte Gefängnisstrafe von 10 Tagen erfolgt ist.

**\* Die Zentralkrankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“** hält Dienstag, den 19. Juni, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1, eine Mitgliederversammlung ab, in der u. a. die Wahl eines Kantanten vorgenommen werden soll. Wir verweisen dabei auf ein in der heutigen Nummer erschienenen Inserat. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

**Die Buchbinder** befassen sich am nächsten Montag den 25. Juni in einer öffentlichen Versammlung im „Goldenen Jopfer“ mit der Aussperrung von 4000 Kollegen in Berlin, Leipzig und Stuttgart und der neuesten Niederträchtigkeit der Schanzmayer gegen den Buchbinderverband.

**Vorgelarbeiter und Schildermeister.** Donnerstag den 21. d. M., Abends 8 Uhr, im Restaurant „zum kühlen Strand der Oder“, Adalbertstraße 10, öffentliche Versammlung mit Vortrag des Genossen Redaktor R. Pauli-Roslan über die wirtschaftliche Lage der Vorgelarbeiter und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen, und wodurch kann dieselbe verbessert werden?

### Aus Schlesien und Polen.

**-c. Friedland, Kreis Waldenburg, 19. Juni.** Achtung, Weberinnen und Spulertinnen! In einem Gottesberger Lokalblatt werden Arbeiterinnen für die mechanischen Webereien Friedlands gesucht. Meldungen sind an Herrn Kaufmann Alfred Friedland zu richten. Wie von Gottesberger Genossen mitgeteilt wird, wird ein Durchschnittslohn für Weberinnen von 10-12 Mk., für Spulertinnen von 8-9 Mk. versprochen. Lernende sollen für 3-4 Wochen 6 Mk. erhalten. Tatsächlich erreichen aber nur wenige der Weberinnen und vielfach nur dann, wenn sie das Glück haben, gutes Material zu erhalten, eine Lohnhöhe von 12 Mk., in seltenen Fällen 13 Mk., in den meisten Fällen aber nur 7-8 Mk., während Spulertinnen sehr häufig mit 5 Mk. nach Hause gehen müssen. Für Lernende ist bisher nichts ausgetrieben worden. Weberinnen und Spulertinnen seien darauf hingewiesen, daß die Interessen der in Webereien beschäftigten Arbeiter am entschiedensten durch den Verband deutscher Textilarbeiter vertreten werden. Es ist tatsächlich leichter einen unabhängigen Weben von dem Wert eines seltenen Insamenschusses zu überlegen als die Löhner und Frauen aus dem Waldenburg-Gottesberger Revier. Also hinein in den Verband, wenn andere Lohnverhältnisse Platz greifen sollen.

**Sagan, 18. Juni.** Zum Sozialpakt. Weber zehn Jahre konnte sich die Saganer Arbeiterchaft weder politisch noch gemeinschaftlich öffentlich betätigen. Alle Versuche, die Herren Sozialisten zur Ergabe ihrer Säge zu bewegen, waren vergeblich. Deshalb sah sich die Arbeiterchaft gezwungen, über diejenigen Lokale, die hauptsächlich auf den Arbeiterverkehr angewiesen sind, den Sozialpakt zu verhängen. Die Ausrede der Wirte: „Es geht nicht, wir können dabei nicht bestehen“, ist grundlos. Bei der letzten Reichstagswahl wurden in der Stadt Sagan circa 1000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben; in letzter Zeit ist die Zahl der gemeinschaftlich organisierten Arbeiter auf über 600 gestiegen. Die Sozialfrage ist daher geradezu ein brennendes geworden. Es wurde nun zum Sozialpakt ein Aufruf

verbreitet, in dem die Arbeiterchaft aufzufordert wird, die Lokale von Rönisch, Fischendorferstraße, und Preußner, Halberstraße, so lange strengstens zu melien, bis sich die betreffenden Wirte zur Ergabe ihrer Säge bereit erklären. In der Hoffnung liegt es nun, jeder nach Kräften dafür zu sorgen, daß die beiden Wirte von der ihnen so verhassten Arbeiterchaft beschont bleiben.

Ueber den Rapport unserer Kontrolleure ist mir gutes zu berichten. Langpaare zählen brauchen wir nicht, denn da sich keine Kapelle umsonst zum Spielen hergibt, findet keine Langpaare mehr statt. Aus alledem geht hervor, daß unsere Arbeit nicht vergeblich sein wird, über kurz oder lang werden die Herren Wirte nachgeben müssen.

**Neustadt Os., 17. Juni.** Die christlichen Gewerkschaftler sind betrübt darüber, daß ihr letztes Mittagsessen an die Herren Arbeitgeber, in welchem die Arbeiter eine zehnstündige Arbeitszeit, eine 15prozentige Lohnsteigerung und Ausschlag von 5 Pfennig pro Sonntags- und Lebensruhe für wünschenswert zu halten sich erlaubten, unbegründeterweise unbeantwortet geblieben ist. Dieses wenig christliche Verhalten der christlichen Meister, angesichts der in der Versammlung erörterten Tatsache, daß selbst bei 25-30 Jahren und länger beschäftigten Arbeitern Stundenlöhne von 20-23 Pfennig nicht seltenes seien, bezeichnet sogar der Arbeitersekretär Gloger aus Radowitz als typisch für Neustadt. Die Furcht, daß die Sozialisten gar einen Sozialdemokraten Gehör finden könnten, äußerte sich in den Neuerungen eines Schuhmachermeklers, der das geringe Maß von sozialem Verständnis unter den Arbeitgebern alldire verdammt zu müssen. Jeder Arbeitgeber müßte es für eine Ehre halten, daß seine Arbeiter organisiert sind. — Na, ja — fragt mich nur nicht, wie!

## Neueste Nachrichten.

### Neue Aussperrung.

Die „Voss. Zig.“ meldet: In Berlin hat die Deutsche Wäse-Werkzeug-Maschinen-Fabrik sämtliche Arbeiter ausgesperrt, weil die Luftdruckabteilung die Arbeit niedrlegte.

### Weitere Unternehmungen in

### „unseren Kolonien“.

In Deutsch-Südwestafrika sollen, wie der „Vorwärts“ aus einem, dem Abgeordneten Erzberger nahestehenden Stuttgarter Blatte mitteilt, am 1. Mai deutsche Schutztruppenkolonnen die rote Fahne gehißt und auf den Abgeordneten Vebel ein Hoch ausgebracht haben. Angeblich stammen diese der Kolonialverwaltung angegangenen Mitteilungen von einem Offizier der Schutztruppe.

### Das mutige England.

Reuters Bureau erzählt, daß vom Auswärtigen Amt in London erste Vorstellungen wegen der Ereignisse in Dieloskol gegen Rußland erhoben werden. Deutschland aber schweigt!

### Unterstützung der russischen Bauern.

Der Gouverneur von Woltawa soll, dem „Bureau Verol“ zufolge, dem Minister des Innern angegeigt haben, daß die Truppen seines Gouvernements unzuverlässig seien und mit den Bauern gemeinsame Sache machen würden, wenn man sie zum Schutze der Landgüter abschiebt. — So erhalten die rebellierenden Bauern von allen Seiten erfreuliche Unterstützung.

Die Ermordung eines sechsjährigen Knaben in Läden schiedt durch einen Verwandten der Eltern erregt in der Bevölkerung berechtigtes Aufsehen. Der Tod des Kindes ist in geradezu grauenvoller Weise durch Messerschläge herbeigeführt worden. Nach Angabe der Ärzte hat das Kind einen martervollen Tod gefunden. Der Mörder hatte Revolverkugeln mit den Eltern des Knaben geschabt, den er dann aus Rache tötete. Die Mutter des Kindes ist dem Wahnsinn nahe.

### Literatur.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 12 des 16. Jahrgangs zugegangen.

Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Aufruf der Vertrauenspersonen der Genossinnen Deutschlands. — Der Kampf um Frauenwahlrecht und Sozialdemokratie in Holland. Von H. Roland-Holt. — Vom Kampfe um das Frauenwahlrecht in England. Von M. Beer-London. — Der Kampf um die Rechte. Von E. G.

Für unsere Kinder: Hammerlieb von Ernst Klar. (Gedicht). — In der Ferienkolonie. — Junge Mädchen. Von Ludwig Jakobowski. (Gedicht). — Scherz, der Unmüdigkeit. Von Anton Bendisch. IV. — Schaf in der Schür. Von Anna Maria Biel. (Gedicht). — Vom kleinen Waffelbäcker. Von Eilhard Hartmann-Garber. (Fortsetzung). — Ein Ringelreihen. Von Anna Maria Biel. (Gedicht).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 35 Pf.; unter Kreuzband 35 Pf. Jahresabonnement 2.60 Mk.

Der Kunstwart. Rundschau über Dichtung, Theater, Musik und bildende Kunst. Herausgeber Ferdinand Adenarius, Verlag von Georg D. W. Callwey in München. (Vierteiljährlich 3.50 Mk., das einzelne Heft 70 Pf.)

Inhalt des Jüben-Heftes: Jüben. Vom Herausgeber. — Jüben als Dichter. Von Eduard Blagoff-Rejane. Johannes Schreyers „Harmonielehre“. Von Georg Höpfer. — Der nordische Carl. Von Willy Jastor. — Leseblätter: Aus Jübens Dichtungen und Briefen. Rundschau: Umschau. Neue Erscheinungen. Jüben-Literatur. Berliner Theater. Münchner Theater. Umschau. Vom Klavierwelt. Münchener Musik. Mangeln. Große Berliner Kunstausstellung 1905. Die Jahrhundert-Ausstellung im Spiegelbilde. Nochmals: aus Wiesbaden. Von neuen Vortragsbüchern. Die Privatlage des Themas. Gedankens. Zur Dramatik. — Bildbelegungen: Wilhelm Steinhausen, Monogramme im Waldwinkel; Feuriger Tisch. — Notenbelegungen: B. Ratory, Gebel.

### Deiteres.

Auf der Berliner Holtzpreisbildung. Es erscheint der Handelsmann Schulz bei, händelnd und mit klugem Augenwinkeln:

„Wohlgeborener Herr Kommissar — hab' ich zu selten geschicklicher nach Rußland und möcht' ich bitten, ob Sie mir nicht wollen gütigst beschreiben, daß ich künft' ...“

„Kannst! Einmal und nie wieder!“

### Meteorologische Beobachtungen der Königl. Universitäts-Sternwarte.

18. und 19. Juni.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morgens 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+ 23.7	+ 20.0	+ 17.5
Luftwärme bei 0° (max.)	23.2	20.5	17.7
Luftwärme (mm.)	10.2	11.1	12.0
Dampfdrück (pSt.)	47	54	61
Wind (0-12)	0	2	2
Wetter	mäßig	gem. kl.	kl.

**Vergügungen.**

**Victoria-Theater.** Im „Reichen der starken Männer“ steht schon wieder einmal das Victoria-Theater und abermals ist es konstatieren, daß die prächtigen, muskulösen Hingehalten, die sich am Sonnabend vorstellten, eine große Anzahl ausübten werden. Am Sonnabend feierten Königlich-Polen über Vermit-Berlin in 14 Min., Kalkschiff-Italien über Hader-Schlesien 9 1/2 Min. Am Sonntag feierten Belling-Amerika über Mogatsky-Rußland in 2 Min. 20 Sek., Wilschbaler-Bayern über Eversten-Dänemark in 2 Min. 10 Sek., Vermit-Süd-Amerika über Vermit-Berlin in 20 Min. Den Ringkämpfen voraus gingen Otto Steibls lustige Hamburger Säger, die sich durch ihre sehr lebhaften und humoristischen Vorträge sowie Gesangsstücke den Beifall des Publikums errangen. Die Vorstellungen finden im Garten statt.

**Lieblich's Etablissement.** Von ganz besonderem Interesse dürfte die Mitteilung sein, daß die Direktion des Kabarets „Roland von Berlin“ dem neuen, reichhaltigen Programm noch eine neuwertige Attraktion hinzugefügt hat und zwar ist es der hier in Breslau ebenso bekannte, wie beliebte Regisseur Max Laurence, welcher heute, Dienstag, den 19. Mal, erstmalig auftreten wird.

**Scala.** Einzige überdachtes Sommer-Variete, Nikolaistr. 27. Einen sensationellen Erfolg erzielten die neuangeworbenen Künstler-Spezialitäten bei ihrem ersten Auftreten. Namentlich der Illusionist Perry eroberte sich durch Verteilung von Raben aller Nationalitäten im Sinne der Sympathie des zahlreich erschienenen Publikums. Auch die von Willi Naase neu verfasste „Ein unheimlicher Gast“ erregte einen stürmischen Lacherfolg. Bei den heißen Tagen bietet der herrliche Garten einen sehr angenehmen Aufenthalt.

**Verordnungen.**

**A. S.** Der Vater, welcher die Einwilligung zur Eheschließung verweigert, ist dem Bräutigam gegenüber nicht schadenersatzpflichtig; dagegen hat ihm die Braut den Schaden zu ersetzen, der daraus entspringt, daß der Bräutigam in Erwartung der Ehe Aufwendungen gemacht hat oder Verbindlichkeiten eingegangen ist. Die Schadenersatzpflicht tritt nicht ein, wenn ein wichtiger Grund für den Nichttritt vorliegt.

**G. Nawitsch.** Für die Hinzubehaltung der Gewerbegerichts-Beisitzer zu den Sitzungen ist das Urteil maßgebend; die Entscheidung über die Ablehnung derselben müssen Sie beim Magistrat nachsuchen. Wenn Sie der Meinung sind, daß die Beisitzer zu unrecht nicht zugezogen werden, müssen Sie beim Landgericht Wisa i. P. Beschwerde führen.

**Sagan.** Teilen Sie uns über die Klage des Wirtes Hönisch nach der Gerichtsverhandlung näheres mit.

**Curial.** Gegen derartige Mahnungen läßt sich nichts machen. Das Geld, das der Staat für Militarismus und andere „Kultur“

geweckt gebraucht, treibt er halt überall durch die Steuerexzessivität. Nicht nur in Ostpreußen.

**F. H. Waldbauer.** 1. Selbstverständlich werden die Felle bezahlt. 2. Wegen des betr. Blattes zu polemisieren, hat keinen Zweck. Es gibt in der Kleinarbeit viel wirksamere Mittel zur Agitation für die „Vollmacht“! Obendrein werden ja die Polemiken stets nur von denen geleitet, die schon Leser unseres Blattes sind. 3. Auskunft über die Handhabung und Vorbereitung des Boykotts erhalten Sie im Parteisekretariat, Neue Graupenstraße 5/6.

**Verordnungen der städtischen Markt-Notierungskommission.** Breslau, 18. Juni.

	gute		mittlere		geringere	
	55ckf	niedr.	55ckf	niedr.	55ckf	niedr.
Weizen, weißer	18.20	17.40	17.20	16.80	16.70	16.30
Weizen, gelber	18.10	17.30	17.10	16.80	16.70	16.30
Roggen	16.40	14.30	14.70	14.50	14.40	14.20
Brangerste	15.50	15.10	15.00	14.50	—	—
Gerste	14.00	13.60	13.50	13.10	13.00	12.50
Oafer	17.50	17.00	16.90	16.50	16.40	16.00
Victoria-Erbfen	19.50	18.50	17.50	16.50	16.50	14.50
Erbfen	18.00	17.50	16.30	15.80	14.50	14.00

Den pro 50 Kilogramm 2.50—2.70 Mk.  
Stroh, pro Schock 24.00—26.00 Mk.  
**Breslauer Weizenmarkt.** Weizen fester, per 100 Kilogr. inkl. Sad brutto, 24.50—25.00 Mk. Roggen fester, 22.50—23.00 Mk. Roggen-Kaushaden fester, 22.00—22.50 Mk. Roggen-Futtermehl ruhig, 10.75—11.00 Mk. Weizenkleie ruhig, 10.50—10.75 Mk.

**Vereins-Kalender.**

**Breslau.**

**Im Partei-Sekretariat,**

Neue Graupenstraße 5/6, III., werden jederzeit Neuaufnahmen von Mitgliedern entgegengenommen und sind Aufnahmegebühren sowie Mitgliedsbeitrag auf die „Vollmacht“ zu haben. Rechtsauskünfte können im Partei-Sekretariat nicht erteilt werden. Die Bibliothekstunden des sozialdemokratischen Vereins finden von jetzt an von 7—9 Uhr statt. Punkt 9 Uhr wird die Bibliothek geschlossen.

**Gewerkschafts-Kartell.**

Vorsitzender: Paul Deyhner, Kureggasse 53/55.

**Gewerkschaftshaus.**

Dienstag, den 19. Juni:

Wasser, Lackierer und Anstreicher, Abends 8 Uhr: Öffentliche Versammlung im großen Saale.

**Schreiber.** Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung, Zimmer 3 Zentral-Frankenstraße „Grundsätze zur Einigkeit“. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Wahl eines Nebentanten.

Mittwoch, den 20. Juni: Arbeiter-Abfahrts-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Donnerstag, den 21. Juni: Kapazitäten-Verein. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung Zimmer 3 und 4.

**Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:**

**Distrikt 3 (Schweibitzer Vorstadt).** Bezirke 3, 4 und 5. Dienstag den 19. Juni, Abends 8 1/2 Uhr: Zusammenkunft. Bezirke 16, 17, 18. Dienstag, den 19. Juni, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

**Distrikt 5 (Pöpelwitz).** Bezirke 4 und 5. Die Zusammenkunft fällt aus.

**Distrikt 6 (Nikolaitor).** Bezirk 2. Donnerstag den 21. Juni, Abends 8 Uhr: Bahlabend und Besprechung.

Bezirk 17. Donnerstag, den 21., Abends 8 Uhr, Zusammenkunft und Bahlabend.

Bezirk 15. Mittwoch, den 20. d. M., Zusammenkunft im bekannten Lokal.

**Distrikt 7 (Nikolaitor).** Bezirke 1 und 2. Donnerstag den 21. d. M., Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Bahlabend. Besprechung über den geplanten Auszug.

Bezirke 8, 12 u. 15. Dienstag, den 19. Juni, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Bahlabend. Teilung des Bezirks 15 und Wahl eines Bezirksführers.

**Distrikt 9 (Oberior).** Sonntag, den 24. Juni, Vormittags 10 Uhr, Abrechnung der Bezirksführer. Kontrollantien sind mitzubringen.

**Distrikt 17 (Schweibitzer Tor).** Freitag, den 22. Juni, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft bei Niebeil. Ausgleich der Vollmacht-Agitation. Abrechnung mit den Bezirksführern.

**Land-Distrikt 2 (Kosel und Bilsitz).** Jeden Donnerstag nach dem 15.: Bahlabend im bekannten Lokal.

**Land-Distrikt 7.** Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. eines jeden Monats Zusammenkunft bei Pohl in Roßkutschau.

Verantwortlicher Redakteur: Ludwig Nablaf. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatzky & Co. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Heute früh 8 Uhr verschied nach längerem Leiden mein lieber Gatte, unser guter Vater, Gross- und Schwiegervater und Onkel, der frühere Schriftgessler

**Adolf Riehle**

im 66. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Breslau, Berlin, Chemnitz, den 18. Juni 1906.  
Beerdigung: Donnerstag, den 21. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause Trebnitzerplatz 4 nach Gschwitz. 2572

**Porzellanarbeiter und Schildermaler!**  
Donnerstag, den 21. Juni, abends 8 Uhr  
im Restaurant „Zum kühlen Strand der Oder“, Adalbertstr. 10

**Öffentliche Versammlung**

mit Vortrag des Genossen Redakteur R. Paulick-Koslow über:  
Die wirtschaftliche Lage der Porzellan- und verw. Arbeiter und Arbeiterinnen und wodurch kann dieselbe verbessert werden?

**Bedienung** kann sich melden.  
Dietrich, Monjaupstr. 8, Ein. 2. Etg. [2573]

**Verkauf** gebr. Möbel, Schränke, Kommoden, Bettstellen, Sofas, ganze Stuben-Einrichtungen zu 20, 30, 50 Mk., Friedrichstr. 68, am Leinpfad. 2574

Am 18. d. Mts. verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Hausgenosse

**Herr Theodor Weinert**

im Alter von 47 1/2 Jahren.

Seine Andenken werden stets in Ehren halten  
Sämtliche Bewohner des Hauses Sedanstr. 22.

Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause Sedanstr. 22 nach dem St. Salvator-Friedhof. 2575

**Nichts**

geht über einen guten Vogelgesang. Dies zu erreichen ist leicht mit meinem

**Singfutter**

in Paketen à 10 und 25 Pfa. Überall käuflich.  
Daniel Hoffmann, Paulstrasse 12. 2222

**Bettfedern und fertige Betten.**

Recoll.  Billig! 0012

Spez.: Brautausstattung. Preisliste gratis und franko.  
Julius Immerglück  
Bresl., Rensschstr. 16/17.

**Lieblich's Etablissement.**  
Cabaret:  
Roland von Berlin.  
Beal Beal Beal  
Rezitator  
Laurence.  
Im Garten: Heldeck.

**Zirkus Busch**

Dienstag, den 19. Juni 1906.  
Anfang Abends 7 1/2 Uhr.  
Gibt gegen 11 1/2 Uhr.  
Sonder-Vorstellung.

**„Indien.“**

Original-Bauten des Siras Sajo in 7 Bildern.  
Größte Schenkwürdigkeit!  
Die Original-Chinesischen Fischer mit ihren Fische hangenden Taucher-Cormoranen.  
Die weltberühmten Securs — 4  
Athletas — 4

Die Emilianer Schwestern Pristin Margarete. — Fr. E. Schumann mit ihrem Reiterpaar. — Die amerikanischen Fremde, heimliche Eröbde. Dankbille aus der Zeit Friedrich d. Gr. und des Nijzenanzenzen.  
Sillencschaf bei Gast. Ad. Schleh 2562 und an der Sirkusstraße.

**Für Herren.**

Krawatten, allermod. Form. 35, 25, 18 Pf.  
Krawatten, hoheleg. Neuheiten 55, 48 -  
Kragen, vielm. mod. Fall. rein Leinen 28, 23 -  
Manschetten, Ia. Qualitäten. Paar 38, 33 -  
Servietten, prima 4fach, Stück 60, 45 -  
Sofortträger, prima Summi. Paar 65, 48 -  
Sofortträger, ca. 15000 Paar vorräthig. Paar 25, 20, 15 Pf.  
Erikothenden „Maco“ 135, 115, 98 Pf.  
Erikothysen „Maco“ 125, 110, 95 -

**Lucas Nachf. Fraenkel,**  
Schmiedebrücke 54, part. n. 1. Etg.

**Stamm**  
müssen Sie über Preise und Verarbeitung unserer 2577

**Herren-Anzüge 10 Mk.**  
nach Maß elegant 17 Mk.  
nur direkt in der Fabrik  
Carlsstraße 42, I.

**Victoria-Theater**  
(Simmentaler Garten).  
Grosse internationale  
Ringkampf-  
Konkurrenz.  
Anfang Abends 8 Uhr.

**Heringe!**

4 Stück 10 Pf. Mandel 35 Pf.,  
sowie alle anderen Lebensmittel  
billigst und empfehlen  
**Kaiser & Kainer,**  
Friedrich-Wilhelmstr. 50,  
55 Hof links.  
Gräbsohnerstr. 12,  
Vorwerksstr. 75,  
Mauritiusstr. 14.

**SCALA.**  
Das Tagesgespräch  
Breslaus  
Künstler-Spezialitäten-Programm  
Willy Haase.  
Kränzchen.

**Dominikaner.**  
Tätlich:  
Die Original-Prinziger  
Dr. P. Becker.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Gibt 10 Pf. — Abends 20 Pf.

**Paul Mischke**  
5, Ring 5. [2512]  
Bestes Spezialgeschäft a. Klag.  
Belannt seit 18  
**Tafel-Butter**  
jetzt nur Mk. 1,10 das Pfund.  
(Keine Füllungen.) Postverpackt.  
Anf. 20. 5 u. Firma nicht!

**Wilhelm Liebknecht**  
Sein Leben und Wirken.  
Unter Benutzung ungedruckter Briefe u. Aufzeichnungen  
herausgegeben von  
**Kurt Eisner.**  
Mit Porträts und Abbildungen.  
Preis 60 Pfg.  
Zu haben in der Expedition der „Vollmacht“.

Soeben ist erschienen:  
**Der preussische Volksschulgesetz-Entwurf**  
Material zu seiner Beurteilung.  
Preis 20 Pfg.  
Zu haben in der Expedition der „Vollmacht“.

**Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat.**  
Aus dem Holländischen des  
Dr. J. van den Brink, römisch-katholischer Priester zu Zwede in Holland.  
Preis 10 Pfennige. Preis 10 Pfennige.  
Zu haben in der Expedition der „Vollmacht“.

Soeben ist erschienen:  
**Schule, Kirche und Arbeiter**  
Ein Vortrag von Paul Göhre.  
Preis 15 Pfg.  
Eine Broschüre, in der zunächst der Zweck dargelegt wird, den die herrschende Klasse mit der Verfassung der Volksschule, erstrebt und in der die gänzliche Verbannung jeglichen Religionsunterrichts aus der Schule gefordert wird. Göhre erörtert dann die Gründe, die die Sozialdemokratie zwingen, den Kampf gegen die Verfassung der Volksschule aufzunehmen und zeigt die Mittel, um diesen Kampf wirksam zu gestalten.  
Zu beziehen durch die Expedition der „Vollmacht“.

## Schuhmacher-Verbandsstag.

9. Nürnberg, 16. Juni 1906.

### Schöpfer Verhandlungstag.

Der zweite Vorlesende Böller gibt bekannt, daß die heutige Sitzung eine geschlossene ist, daher fremde Personen ihr nicht betreten dürfen. Der 5. und 6. Punkt „Die Tarifbewegung in unserem Berufe“ und „Unsere Taktik bei Streiks und Aussperrungen“ wird in einem Punkt zusammengezogen und miteinander verhandelt. Gleichzeitig werden die vorliegenden Anträge zum Streikreglement mit zur Diskussion gestellt.

Ein Antrag, gelegentlich des im nächsten Jahre nach Stuttgart zu berufenden Internationalen Arbeiterkongresses dortselbst auch einen Internationalen Schuhmacherkongress zu halten, wird von Simon begründet. Redner bemerkt, daß wir bereit sind mit den dänischen, schweizerischen und österreichischen Schuhmacherorganisationen Verbindungen zu haben, nur mit der englischen nicht. Redner hofft, daß mit den französischen Kollegen, die bisher nur in lokalen Organisationen vereint sind, ebenfalls eine Verständigung stattfinden werde. Der Antrag wird angenommen. Ein weiterer Antrag, wonach die Delegierten zu den Gewerkschaftskongressen von den Mitgliedern gewählt werden sollen, und zwar mit der Maßgabe, daß auf je 5000 Mitglieder ein Delegierter entsendet werden darf, wird ebenfalls angenommen. Dieser Beschluß soll auch für die Vertretung des nächsten Internationalen Kongresses in Stuttgart Geltung haben.

Nach eingehender Besprechung der oben erwähnten Punkte folgt die Abstimmung über die vorliegenden Anträge, die sich zum großen Teil auf Streikunterstützung beziehen. Die Zahlstelle Frankfurt a. M. hat beantragt, die Kosten der dortigen Verhandlung auf die Verbandskasse zu übernehmen. Die bei dem ausgesperrten wurden mit höheren Beiträgen unterstützt, als das Statut vorschreibt. Der Antrag wurde abgelehnt, hingegen wird beschlossen, daß, soweit es das Statut zuläßt, die höchste Unterstützung gewährt werden soll. Ferner wird ein Antrag angenommen, daß Mitglieder, die nach einem Streik noch arbeitslos sind, die Streikunterstützung weiter bis zur Wiederaufnahme von vier Wochen nach Beendigung des Streiks beziehen sollen. Ein anderer Beschluß besagt, daß kein Mitglied eine andere Bindungsfrist eintragen darf, als in dem betreffenden Betriebe allgemein üblich ist. Dieser Beschluß ist dadurch veranlaßt, daß sich bei Lohnbewegungen herausgestellt hat, daß zuweilen in einem Betriebe drei verschiedene Bindungsfristen existieren. Abgelehnt wird ein Antrag, den vom letzten Streik in Frankfurt a. M. noch ausgesperrten Kollegen Gemahrgeldunterstützung zu bezahlen, die betreffenden Kollegen sollen die Streikunterstützung weiter bekommen. Ein Antrag der Zahlstelle Selbstbrunn, ihr ein Streikdarlehen von 400 Mark zu erlassen, gelangt zur Annahme.

Zur Frage der Maßfächer wird folgende Resolution gegen 5 Stimmen angenommen:

„Die elfte Generalversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands erkläre in der Arbeitsruhe am 1. Mai die würdevollste Form der Weisheit und verpflichte die Mitglieder, überall da, wo in einem Betrieb 1/2 der Beschäftigten organisiert sind, mindestens vier Wochen vor dem 1. Mai hierzu Stellung zu nehmen. Wenn in dieser Betriebsversammlung die Arbeitsruhe mit Zweidrittel-Majorität beschlossen wird, so haben die Mitglieder diesen Beschluß zur Durchführung zu bringen. Die Gewerkschaft ist sofort von diesem Beschluß in Kenntnis zu setzen. Wird unter dieser Voraussetzung die Arbeitsruhe durchgeführt, so treten bei eventuellen Aussperrungen oder Maßregelungen die Bestimmungen des Streikreglements in Kraft.“

Das 2. steht zur Unfallstatistik folgenden Antrag: Es sind an die Ortsverbände einheitliche Fragebogen auszugeben, welche von denselben bei eventuellen Unfällen gewissenhaft auszufüllen und an die zuständige Gewerkschaft zwecks Aufnahme einer Statistik einzufenden sind. Im Fragebogen soll enthalten sein: Name der Firma und des Verunglückten, Alter desselben, ob gelernter oder ungelernter Arbeiter, Art der Verletzung, Dauer und Grad der Erwerbsunfähigkeit, an welcher Maschine passierte der Unfall, war Schutzvorrichtung vorhanden, ob der Arbeiter in Zeit- oder Akkordlohn beschäftigt war, Tag und Tageszeit des Unfalls usw. Der Antrag wird angenommen.

Es folgt der letzte Punkt „Mahn“. Von der bisherigen Verwaltung werden Simon als erster Vorsitzender und Neuf als Hauptkassierer der Affirmation einstimmig wiedergewählt. Für den Posten des Sekretärs liegen zwei Vorschläge vor: Herrmann-Dresden und Weiss-Melkenfels. Weiss verzichtet, weshalb auch diese Wahl der Affirmation erfolgt. Sie fällt auf Herrmann-Dresden. Für den neuen Posten des zweiten Kassierers liegen eine ganze Anzahl Vorschläge vor, die Wahl muß deshalb durch

Stimmzettel vorgenommen werden. Da Weber-Berlin und Adnig Adnig gleiche Stimmzahlen erhalten haben, muß zwischen ihnen Stichwahl stattfinden, bei dieser fallen auf Adnig 39, auf Weber 34 Stimmen. Adnig ist somit gewählt.

Simon dankt im Namen der Gewählten für das Vertrauen der Kollegen. Nachdem Müller-Frankfurt den Verlauf der Versammlung kurz skizziert und die Delegierten ermahnt hat, in ihren Betrieben im Sinne der gefassten Beschlüsse zu wirken, nimmt der Vertreter der dänischen Schuhmacherorganisation, Jørgensen-Kopenhagen, das Wort, um in kurzen Zügen eine Darstellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und der Organisation der dänischen Schuhmacher zu geben. Seine Ausführungen gipfeln darin, daß der dänische Verband außerordentlich günstige Tarifverträge durchgesetzt hat mit hohen Minimallohnen, daß die Arbeiter vollständig abgesichert sind usw. Diese Vorteile waren nur dadurch zu erzielen, daß die dänischen Schuhmacher als eine geschlossene Masse auftraten konnten, da im ganzen Lande nur noch ca. 500 Schuhmacher noch nicht der Organisation angehören. Er wünscht den deutschen Kollegen die gleichen Erfolge.

Simon weist in seinen Schlussbetrachtungen ganz besonders auf die vorstehenden Ausführungen hin und wünscht, die Delegierten möchten daraus den Ansporn schöpfen, in ihren Betrieben mit verdoppeltem Eifer zu wirken, damit in absehbarer Zeit auch die deutschen Schuhmacher von sich sagen können, daß die Zahl der Industriefremden unter ihnen verhältnismäßig gerade so gering ist, wie in Dänemark. Wenn auch diesmal wichtige grundsätzliche Beschlüsse nicht gefaßt werden seien, so sei doch die Tatsache zu konstatieren, daß die Delegierten, obwohl mancherlei Sonderwünsche vorzulegen haben, die man ihnen in ihren Betrieben besonders auf die Seele gebunden zu haben schmehe, sich von der Unmöglichkeit haben überzeugen lassen, diese Sonderwünsche im gegenwärtigen Moment durchzuführen. Erfreulich sei auch, daß der Verband auch diesmal wieder sich auf den Standpunkt gestellt habe, daß er in erster Linie eine Kampfsorganisation sei. Redner hofft, daß dieser Standpunkt auch bei späteren Generalversammlungen nicht verlassen werde. Nachdem er noch mitteilt, daß von der österreichischen Arbeiterorganisation ein Darlehen von 10.000 Mark eingekassiert sei, schließt er die Generalversammlung mit einem dröhnenden Hoch auf den Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands und auf die internationale Arbeiterbewegung.

## 15. General-Versammlung des Verbandes der Brauereiarbeiter.

15. Köln, den 15. Juni 1906.

Die heutige Verhandlung dreht sich um die vorliegenden Anträge. Seitens mehrerer Zahlstellen wird beantragt, den Namen des Verbandes in „Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgruppen“ umzuändern, was debattelos akzeptiert wird. Eine äußerst lebhaft, teilweise etwas erregte Debatte ruhen die Anträge hervor, die auf Erhöhung der Beiträge, auf Einführung der Beitragszahlung nach Lohnklassen und auf das Unterstützungswesen gerichtet sind. — Gähle in Hannover verteilte den Standpunkt des Hauptvorstandes, der eine Erhöhung des Eintrittsgeldes von 1 Mk. auf 50 Pfg. vorschlägt, was mit Zweckmäßigkeitsgründen motiviert wird. Die Erhöhung des Eintrittsgeldes auf 50 Pfg. für männliche und 15 Pfg. für weibliche Mitglieder wird mit 36 gegen 22 Stimmen abgelehnt. — Wichtigkeit der Beitragserhöhung begründet Deutzer einen Antrag der Zahlstelle Leipzig, der die Beiträge auf 60 Pfg. bzw. 30 Pfg. festlegen soll. Die Stärkung der Klassenverhältnisse sei notwendig, ebenso der Ausbau des Unterstützungswesens. Die Erfahrungen anderer Gewerkschaften zeigen, daß hohe Beiträge die Mitglieder halte und das Respektwesen bekämpfe. Auch die Situation, welche auf schwere Kämpfe in der Zukunft schließen lasse, erheische eine Beitragserhöhung. — Metke-Berlin bekämpft sowohl die Beitragserhöhung, die einen Mitgliederverlust herbeiführen werde, wie auch die Beitragszahlung nach Lohnklassen. Wenn sämtliche Brauereiarbeiter in einen Verband gebracht werden sollten, dann möge man nicht Mitglieder erster und zweiter Klasse schaffen. — Erl. München erkennt im Prinzip die Beitragserhöhung an, hält aber den Zeitpunkt für unglücklich hierfür. Die Kollegen müßten erst auf eine Beitragserhöhung vorbereitet und zur Zahlung hoher Beiträge erzogen werden. Man solle die Beitragserhöhung bis zum nächsten Verbandstage versagen. Redner hat ein gebührendes Mandat, gegen Erhöhung der Beiträge zu stimmen und meint,

daß der Hauptvorstand inkonsequent handle, wenn er erst die Erhöhung des Eintrittsgeldes fordere und dann eine Beitragserhöhung, zumal das Geld dann wieder für ein verfeinertes Unterstützungssystem verandt werden solle. Das Unterstützungswesen der Brauer sei dem anderer Verbände um 15 Jahre voraus. — In der weiteren Debatte wird von einem Teile der Mitglieder die Beitragserhöhung bestritten mit und ohne Klassenlöhne, während andererseits die Beitragserhöhung recht lebhaft bekämpft wird. Eröger-Berlin meint, die Vorschläge der Anträge, die erheblich über die Vorstandsanträge hinausgehen, seien nicht ernst zu nehmen, und nur zum „abhandeln“ eingebracht. Redner bekämpft jede Art der Beitragserhöhung, so lange nicht die Sicherheit gegeben sei, daß das Geld nicht wieder für Unterstützungszwecke draufgehe. — Aube (Vertreter der General-Kommision) tritt für die Beitragserhöhung ein. Nach den vorliegenden Jahresabschlüssen hätten seit dem letzten Verbandstage die Ausgaben die Einnahmen um 45,518 Mark überstiegen. Die Rücklage würden in Zukunft kürzer werden, als früher. Eine Stärkung der Kasse um die Regulierung der Einnahmen gegenüber den Ausgaben sei dringend erforderlich. Da von 27 Orten Anträge auf Erhöhung der Beiträge vorliegen — davon 17 mit der Forderung nach Staffelform der Beiträge — denen 19 Anträge entgegenstehen, so hält Redner es für das praktische, erst im Prinzip darüber abzustimmen, ob überhaupt eine Beitragserhöhung erfolgen soll. Die so viel erwähnte größere Leistungsfähigkeit könne nur durch hohe Beiträge erzielt werden. Die Staffelform sei eine reine Zweckmäßigkeitssache, die sich aus der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ergebe. Klassenunterstützung werden nicht durch Staffelform der Beiträge geschaffen, sondern bestanden infolge der verschiedenen Wohnlagen durch das Unternehmertum. Das Unterstützungswesen führe zur Stärkung der Organisation, ebenso die Einführung hoher Beiträge, wie das täglich durch das rasche Anwachsen gerade berufenen Gewerkschaften mit hohen Beiträgen bewiesen werde. — Subvert-München betont, daß das bestehende Gegenüberverhältnis es mit sich bringe, daß auch die österreichischen Kollegen an einer Erhöhung der Beiträge der deutschen Interesse hätten. Der Einwand, daß die schlechter bezahlten Kollegen nicht für eine Erhöhung der Beiträge zu haben seien, wäre hinfällig, weil gerade die schlechter bezahlten Interesse an einer größeren Leistungsfähigkeit der Organisation hätten. Es sei eine infinitesimale gefundene Auffassung, daß die delegierten Hilfsarbeiter entgegen den besser bezahlten Bräuern für Erhöhung der Beiträge plädierten.

Die namentliche Abstimmung ergibt Ablehnung des Antrages auf Beitragserhöhung mit 29 gegen 29 Stimmen! Interessant ist dabei, daß der Delegierte Böckler-Erger-Bremen zuerst die Beitragserhöhung sowie die Staffelform bestritt, dann aber einen Antrag auf Erhöhung der Beiträge von 40 auf 45 Pfg. beabsichtigte, um schließlich in der Abstimmung wieder gegen die Erhöhung der Beiträge zu stimmen. Ebenso charakteristisch ist es, daß durchweg die Vertreter der Hilfsarbeiter für die Erhöhung stimmten, während die gelernten Brauer, namentlich die Selbstbräuern, in ihrer Mehrheit dagegen stimmten.

Mit der Ablehnung der Beitragserhöhung fallen die Anträge betreffs des Ausbaues des Unterstützungswesens. Einestheils lebhaftes Interesse und andererseits Unwillen erregt es, als nimmere von Klippel-Dresden ein genügend unterstützter Antrag eingereicht und begründet wird, der darauf hinausläuft, einen Extrabeitrag von 5 Pfg. pro Woche zu erheben zur Schaffung eines Streikfonds, der zu anderen Zwecken nicht verwendet werden darf. Bei 26.000 Mitgliedern ergibt das eine Extrabeitrag von 156.000 Mark pro Jahr. Während für diesen reinen „Kriegsfonds“ die Berliner Delegierten Eröger und Reumann, sowie Weigelt-Pfungstadt, die vorher gegen Erhöhung der Beiträge waren, zu haben sind, tritt andererseits Wittich-Frankfurt, der für Beitragserhöhung gesprochen und gestimmt hatte, jetzt gegen die Erhebung eines Extrabeitrages auf. — Döllinger-Hamburg bestritt die Erhebung des Extrabeitrages auf 10 Pfg. pro Woche. — Die Debatte muß wegen Schluß der Sitzung abgebrochen werden.

Den Steinbrüchern und Lithographen, denen in Frankfurt a. M. auf Gerichtsbeschlusse am Tage vor der Aussperrung (1) das Verbands-Verbot mit Beschlag belegt ist, wird nach kurzer Darstellung des Sachverhalts auf Antrag Dauer eine sofort zu zahlende Unterstützung von 5000 Mark bewilligt.

15. Köln, den 16. Juni 1906.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wird in der Beratung der vorliegenden Anträge fortgefahren. Angenommen werden zunächst verschiedene Anträge formaler Natur, die mit der Zu-

## Kunst, Wissenschaft und Technik.

Die **Sohlkönigsburg**. Ein Leser in Straßburg schreibt der „Frankfurter Zeitung“:

Nach längerer Abwesenheit vom Elsaß wieder heimgekehrt, habe ich meinen ersten Besuch der Sohlkönigsburg gewidmet. Aber, was ist das, was sich da vor meinen Blicken nebelhaft ausbreitet wie ein Trugbild, eine fata Morgana? Wohl habe ich draußen erfahren, daß Reichstag und Landesausschuß nach heißen Debatten noch einmal eine Nachforderung zur Restaurierung der Burg ruhe betwilt haben. Aber das ist keine Restauration, das ist ein Neubau, das Phantasiegebilde einer mittelalterlichen Burg; zerstört ist die frühere Lieblichkeit der Anlage, die einstmal dem Auge des Künstlers eine pittoreske Fabel, dem Geschichtsforscher, dem Archäologen eine lebendige Zeugin der dramatischen Szenen war, die sich auf ihren Höhen abgespielt hatten. Abgesehen von der Freilegung der aus verschiedenen Hauptteilen herrührenden unterirdischen Schichtkammern und Felsenänge ist alles „Kunstmittel“ verströmt; die früheren wertvollen Originalmittelalterliche Eckarchitekturen haben einer wirklichen baulichen Kunstschöpfung weichen müssen. Ehemalig imponierte die Sohlkönigsburg, nach dem kurzschlüssigen bühnenmäßigen Schloß wohl das bedeutendste im ganzen Rheintal, gerade durch die kolossalen auf dem pyramidenartig gestuften Berge gelegenen Türme. Mächtige runde Türme, durch weite Gehäulicheiten und leuchtende Mauern verbunden, eine zinnenbekrönte Brustwehr, eine dreifache mit Eichen versehene Umwallung, — so erschien früher die prächtige Burg, das Musterbild einer eckigen Mitterburg. Zu Füßen der Sohlkönigsburg, auf einem der Vorberge, führt das herrliche Schloss von Rintzheim (Kunigsheim), den sprechenden Beweis, wie viel ein sachkundiger Eigentümer mit zweckmäßig angewandten Mitteln zur Erhaltung einer solchen Burg ruhe beitragen kann. Die Mauern, aus Vogelfenstein aufgeführt, sind wohl erhalten, die dem St. Jakob gewidmete Kapelle zeigt noch ihre ungeschädigte Spitzbogenbede, und ein modernes Schinddach schützt den Ritterhof vor Sturm und Regen. Die Steuerzahler, besonders die wertvolle Bevölkerung, wird es sich merken müssen, daß Millionen Mark nutzlos verschwendet worden sind. Die bürgerlichen Parteien tragen daran die Schuld.

## Aus aller Welt.

**Seltene Todesursache.** Ein eigenartiger Unglücksfall hat sich in Nieder-Sachsen bei Elberfeld ereignet. Als der Inspektor Böhm, vom Dienst kommend, seine Wohnung betrat, fand er seine Wirtschaftlerin, Frau Löwen in der Decke liegend schwer verletzt.

vor. Er rief eilig einen Arzt herbei, dieser konnte jedoch nur noch den bereits eingetretenen Tod der Frau konstatieren. Die Untersuchung ergab, daß der Wirtschaftlerin beim Schlafen ein künstliches Gebiß tief in den Rücken gestülpt war und den Tod der Frau durch Erstickung herbeigeführt hatte. — Der zweite eigenartige Todesfall wird aus Weiskirchen gemeldet. Das dreijährige Schicksal des Kaisers der Weltanrichte hatte mit Geldstücken gespielt und dabei ein Behauptungswort veräußert. Der Kleine wurde sofort nach dem August-Viktorien-Krankenhaus gebracht, wo zur Operation geschritten werden mußte. Das Kind konnte die Folgen der Operation aber nicht ertragen und verstarb.

**Ein schrecklicher Tod.** In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurden auf der Eisenbahnstrecke Rassel-Hunterhausen nächst der Ortsteil Nieder-Zwehren die Leichen eines Mannes und einer Frau, sowie eines neugeborenen Kindes aufgefunden. Offenbar haben sich die drei, bei welchen man keinerlei Legitimationspapiere fand, von dem Havel-Hamburger Zuge überfahren lassen, denn bei besten Anstand in Rassel fand man an der Lokomotive Blutspuren und Gehirnmasse.

**Das raubende Automobil.** Bei Forthheim am Main rief das Automobil der an der Orfverleiherlei beteiligt gewesenen Amerikaner Bierce und Custer auf ein entgegenkommendes Fuhrwerk. Sattler Walter aus Forthheim erlitt bei dem Zusammenstoß tödliche Verletzungen und ein Schafhirt wurde verwundet. Die Amerikaner verweilen im „Babilischen Hof“, bis das Gericht über die Höhe der von ihnen zu hinterlegenden Kaution entschieden hat. Das Automobil liegt stark beschädigt an der Unfallstelle.

**Ein folgenschwerer Wolkenbruch.** Im Sagawa-Gebiete bei Prag ist über mehrere Gemeinden, darunter Selcan und Konowitz, ein Wolkenbruch niedergegangen. Ungeheure Wassermengen überschwebten die Gemeinden, rissen mehrere Brücken fort, verursachten bei mehreren Dörfern Dammbüchse und machten ganze Straßen und Bahnanlagen unpassierbar. 7 Personen wurden getötet, 60 Häuser sind vollständig demoliert. Die Felder und Baumanlagen sind verunstaltet. Eine Menge Vieh und Geflügel ist zu Grunde gegangen. Zur Hilfeleistung ist Militär abgegangen.

**Ein schwere Eisenbahnkatastrophe** hat sich auf der Chinesischen Nordbahn ereignet. Nach einer telegraphischen Meldung aus Wladivostok ist bei der Station Pogranitschnaja der Chinesischen Nordbahn ein Personenzug entgleist; an hundert Personen sind teils getötet, teils verletzt. **Ein Stadt abgebrannt.** Wie aus Hudikvalla (Schweden) gemeldet wird, ist Sonntag Nachmittag die Vorstadt Veitölsjö abgebrannt. Der Eisenbahnverkehr, die telegraphische und Telegraphenverbindungen sind vollständig unterbrochen. 1800 Personen sind obdachlos.

**Sechzehn Arbeiter erstickt.** In einer Grube in der Nähe von Madrid verunglückten 16 Arbeiter durch Ausströmen giftiger Gase; fünf der Arbeiter sind bereits gestorben.

**Die schlaftrigen Insassen** in den bürgerlichen Blättern werden bekanntlich nicht nur von den Interessierten gelesen, sondern sie finden auch sonst eifrige Leser, eifrige Leser vielerlei, als die hochpolitischen Zeitungen. Der „General-Anzeiger“ in Magdeburg serviert seinen solche Kost liebenden Lesern gestern folgendes Interlat:

**Kind bitte am Donnerstag Abend** um dieselbe Zeit im Garten an das zweite Fenster zu klopfen. Anna.

**Modernes Fenster!** Wenn der Hund zu seinem Mabel will, dann macht er das heimlich im Dunkel der Nacht, ohne daß ein unbefangenes Auge Frage des Fensterhais wird. Die Moral der bürgerlichen Presse ist anders. Sie nimmt keinen Anstoß an den unerbittlichsten Kuppelannoncen. Bringen sie doch immer einige Pfennig Interlatengelder ein!

**Was alles im Gasthause liegen bleibt!** Die Gumburger Nachrichten „Ruhe und Keller“ erzählt: Der Klepper war um 5 Uhr des Morgens aufgewacht, schnell zog er sich an und eilte nach dem Bahnhof. Als das Zimmer aufgeräumt wurde, fand man keine drei fahnen Säbne mit mächtiger Goldplatte. — Die Sängerin Jolanda war um zehn Uhr des Morgens abgereist, was hatte sie liegen lassen? Ein Stumpfhand mit silbernem Schloß, Wappen A. von M. — Der Geschäftskellner Schirmer war um 7 1/2 Uhr des Morgens aufgewacht, während er wohin gereist, was fand man in seinem Bette? Eine kleine gelbene Uhr. — Herr Gerlein reiste in der Frühe ab, was fand man in seinem Bette? Ein kostbares Juwelensackchen — Ein Brillantenhändler aus Brüssel hatte im Schlafzimmer eine Zahnbürste liegen lassen. Er holte sie nach einigen Tagen ab, da fand man auch noch einige Perlensackchen, worauf er sagte: „Die gehören nicht mir.“ — Mit einem großen Paket war ein Paar angekommen. Sie packten im voraus und gingen Morgens in aller Frühe. Was ließen sie liegen? Ein Paket. Es wurde geöffnet, und was fand man darin? Vier große Zigarrenpackungen ohne Zigarren, aber mit Zigaretten. — Frau Professor hatte einige Tage im Hotel gewohnt, sie reist ab, da bereist sie ihren Photographenapparat, den sie täglich fotografieren läßt, mitzunehmen. Ein Zeigebild tritt ein; da fällt der Apparat auf den Boden und mit ihm seine, Photographen, Zunder, Schmirgel usw. Es war nur ein Renommierapparat gewesen; recht praktisch für die Frau Professor. — Bährlich, die Reklame und Annoncenblätter können ein Dieb davon fangen, was alles im Gasthause liegen bleibt!



Verbindung zwischen Werder- und Rosenstraße, bekanntlich mit dem Endzweck eine westliche Parallellinie zum Zuge Schweidnitzerstraße-Unterstadtbrücke zu erzielen. Stadtb. Schmidt I erinnert dabei wieder einmal an das alte Projekt der Entlastungsparallele im Zuge Schuhbrücke-Matthiasinsel-Rehmdamm.

Der Plan und Kostenanschlag für den Bau eines zweiten Volksschulhauses an der Reichstraße wird auf Antrag des Bauausschusses genehmigt. Die vom Provinzialverband für die von der Stadt übernommene Restfride der Breslau-Strehlener Chaussee gezahlten 49,000 Mark sollen zum Bau des Brausebades an den Reichsäckern Verwendung finden. Ein Antrag auf Ankauf des Grundstücks Fischergrasse 32 zum Preise von 22,500 Mark wird dem Ausschuss IV überwiegen. — Die Vernehmung des Personals im Kinderhort um 3 Wärterinnen und eine Pflegerin wird beschlossen. — Ebenso wird der Uebernahme des Einzugs von Kirchensteuern durch die Stadt gegen eine Vergütung von 3 Prozent der Einnahme zugestimmt. Auch die von uns bereits besprochene Vorlage betreffend die Errichtung von Zahlstellen zur Durchführung des Steuerdringensystems findet Zustimmung.

Die Vorlage betreffend den Ankauf eines 2 Hektar 17.10 Ar großen Grundstücks, Pöpelwitz Nr. 164, zum Preise von 110,000 Mark zur Erweiterung des Schlachthofes wird genehmigt.

Ein abgeänderter Bauungsplan für das Gebiet zwischen Gräbchenstraße, der Verbindungs- und der Freiburgerbahn wird den Ausschüssen IV und V überwiegen. Es folgt hierauf eine öffentliche Sitzung.

### Dissidenten Kinder und Religionsunterricht.

Bekanntlich hat das Kammergericht vor einer Reihe von Jahren seinen früheren freiheligen Standpunkt bezüglich der Frage des Religionsunterrichts von Dissidentenkindern aufgegeben und entschieden, daß jedes Kind, auch das eines Dissidenten, in einer Religion nach den Gesetzen des Staates erzogen werden muß. Sorgt er nicht für einen derartigen Unterricht in seinem Hause, dann hat nach neueren Praxis des Kammergerichts, die sich auf das Allgemeine Landrecht beruht, das Kind am Religionsunterricht in der Schule teilzunehmen. — Der Restaurateur Zick zu Berlin, der gleich seiner Ehefrau vor der Geburt seiner Töchter aus der evangelischen Kirche ausgetreten war und sei dem Dissident ist, hatte die Mädchen vom Lehrplanmäßigen Religionsunterricht in den Volksschulen ferngehalten und sich sehr bemüht, Gelegenheit zur Teilnahme am jüdischen Religionsunterricht für sie zu finden. Es gelang das auch eine Zeitlang in einer Gemeindefschule. Als dort kein jüdischer Religionsunterricht mehr erteilt wurde, gewannen die Kinder wieder längere Zeit keinen Religionsunterricht. Zick hatte der Schulbehörde gegenüber erklärt, daß er bereit sei, die Kinder am jüdischen Religionsunterricht teilnehmen zu lassen, wenn ihm die Gelegenheit dazu nachgewiesen werde. Er wandte sich ferner an die jüdische Gemeinde um Auskunft, in welcher der Schulen die Töchter jüdischen Religionsunterricht erhalten könnten. Der Rabbiner Dr. Warschauer erteilte ihm den Bescheid, daß dies überhaupt nur dann denkbar wäre, wenn das Kind zur jüdischen Religion überzutreten würde. Würde dies nicht der Fall, so würde es wohl auch kein jüdischer Privatlehrer dazu finden. Schließlich erhielten die Kinder von November 1905 ab wieder jüdischen Religionsunterricht in der Volksschule in der Straußberger Straße. Seitdem sind sie behördlichseits von der Teilnahme am Religionsunterricht in den für sie zuständigen Schulen entbunden.

Wegen der Nichtteilnahme seiner Kinder am Religionsunterricht in der Volksschule während der Zeit, wo sie auch keinen jüdischen Religionsunterricht erhielten, wurde Zick vom Landgericht als der Berufungsinstanz zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht ging hierbei aus von dem oben erwähnten Standpunkt des Kammergerichts und berief sich auf dessen Urteil vom 17. April 1893.

Rechtsanwalt Dr. Karl Lieberich legte für den Angeklagten Revision beim Kammergericht ein. Unter anderem führte er aus: Nach § 11 II 12 des Allgemeinen Landrechts könnten Kinder, die in einer anderen Religion, als welche in der öffentlichen Schule gelehrt wird, nach den Gesetzen des Staates erzogen werden sollen, dem Religionsunterricht in der Volksschule beizutreten, nicht angehalten werden. Dies erzogen werden sollen heißt nun doch offenbar, daß es genüge, wenn sie die Eltern pflichtgemäß Mühe geben, einen anderen ausreichenden Religionsunterricht zu beschaffen. Das sei aber hier ausreichend festgestellt. Zu beachten wäre, daß die Kinder erst nach dem Austritt der Eltern aus der evangelischen Kirche geboren seien. Glaubens- und Gewissensfreiheit der Eltern sollten nach der Vorentscheidung nicht berührt sein durch die Frage der Erziehung der Kinder. Das sei ein Trugschluss. Gerade auf diesem Gebiete vollzogen sich die Gewissensämpfe auf das allerhöchste. Die Gewissensfreiheit des Vaters werde auf das erheblichste verletzt, wenn das Kind zur Erziehung in einer Religion gezwungen werde, der der Vater abhold sei. Wenn § 78 II 2 Allgemeinen Landrechts sage, den Eltern, die sich einig darüber, in welcher Religion ihr Kind erzogen werden solle, dürfe kein Dritter hineinreden, so könne mit dem Dritten nicht Schulze oder Müller gemeint sein, sondern die Behörde, der Staat. Dieser habe nicht dazwischen zu reden.

Der erste Straftat des Kammergerichts verwarf die Revision mit folgender Begründung: Die landesrechtlichen Bestimmungen über Kindererziehung seien nach § 134 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestehen geblieben. Das Kammergericht verbleibe bei seiner im letzten Jahrzehnt vertretenen Auffassung. Gewiß sei nach § 78 II 2 Allgemeinen Landrechts von anderer Seite nichts einzunehmen, wenn sich, wie vorliegend, die Eltern einig darüber seien, in welcher Religion das Kind erzogen werden solle. Aber die Bestimmungen des 12. Titels, Teil II Allgemeinen Landrechts lehnen voraus, daß jedes Kind in irgend einer Religion nach den Gesetzen des Staates erzogen werden müsse. Wollten Angeklagter und seine Frau die jüdische Religion für ihre Kinder wählen, so hätten sie für den Unterricht zu sorgen. So lange ihnen das nicht gelang, solchen Unterricht zu beschaffen, so lange hätten die Kinder den Religionsunterricht in den von ihnen besuchten Schulen (hier den evangelischen) mitzunehmen müssen. Gleichgültig sei es, daß die Eltern schon aus der Kirche ausgetreten waren, als die Kinder geboren wurden.

Die Zahl der Strehndurchbrüche in Breslau hat in den letzten Jahren immer mehr zugenommen. Es sind von bereits ganz oder doch fast vollständig durchgeführten aus der letzten Zeit zu nennen die Weiterführung der Andersstraße nach der Friedrich-Wilhelmstraße und nach der Vangergrasse, die der Allee von der Friedrich-Rosestraße bis zur Berliner Chaussee, der Silberbrandstraße von der Postenstraße nach der Andersstraße, ferner die völlige Neuanlage der Dessauer Straße zwischen Friedrich-Wilhelm- und Berlinerstraße und im Anschluß daran der Durchbruch der Karlsruherstraße von der Schwirstraße nach der Dessauer Straße. Die Allee von der Allee über die Gartenstraße hinweg nach dem neuen Theater zu durchgeführt und erhält im

das Theater herum als Springerstraße einen Ausweg nach der Höfchenstraße. Im Norden ist durch die Dabritzstraße eine neue Verbindung der Reichsstraße mit der Einbaumstraße geschaffen worden.

Für die Zukunft wird nun auch wieder eine weitere Reihe von Durchlegungen geplant. So soll die Springerstraße am Bahnhofsamt entlang bis zur Reichstraße, also als Parallellinie der Friedrichstraße fortgesetzt werden. Die Weinstraße soll in voller Breite von der Michaelsstraße durch einige noch bognützliche Gärten nach der Rosowitzerstraße, die Sedwigstraße von der Finken- bis zur Tiergartenstraße durchgeführt werden. Der Durchbruch der Neuen Halberstraße, die jetzt schon bei der Vier-Türme-Straße beginnt, zwischen Rehmdamm und Sternstraße steht noch das Pringsheim'sche Fabrikgrundstück an der Sternstraße im Wege. Die Weiterführung der Lessingstraße zwischen Alexander- und Klosterstraße steht, nach der Breslauer Zeitung, trotz der ablehnenden Haltung der Stadtverordneten, bald zu erwarten. Der Durchbruch der Kleinen Feldstraße (jetzenannten Karlovskistraße) zwischen Großer Feldstraße und Brüderstraße scheint auch nicht in allzu weiter Ferne zu liegen, da die Vereinigten Breslauer Oelfabriken schon seit langer Zeit mit dem Plane umgehen, ihre Fabriken aus der Stadt heraus nach einem Vororte zu verlegen und den Betrieb dadurch zu einem einheitlichen zu gestalten. Ebenfalls nach der Brüderstraße soll die Markstraße von der Löhnerstraße ab verlängert werden. Die Friedrichstraße wird auf die Siebenhufenstraße, die Pöpelwitzstraße auf die Gohlfstraße führen. Die Kronprinzenstraße wird über die Schillerstraße nach der Sobottastraße, die Lehmgraben über die Bohrauer nach der Lohestraße weitergeführt, die Bohrauer mit der Lohestraße durch die Sedanstraße verbunden werden. Auquasta- und Goethestraße werden über das noch unbebaute Terrain längs der Lohestraße bis zur Bohrauer- bzw. Lohestraße weitergeführt. Endlich soll die Schuhbrücke auf dem Zwingerplatz, die Graupenstraße auf dem Blücherplatz enden, mit dem sie jetzt durch den Membergshof in Verbindung steht. Selbstverständlich sind das zum Teil Projekte, deren Ausführung noch in beträchtlicher Ferne liegt.

Die Leitung des chemischen Wasserwerks der Stadt Breslau hat nunmehr der neugewählte Dr. Heinrich Lührig aus Chemnitz übernommen.

Die Breslauer Handwerkskammer und die goldene Ochsen-Wäre. Die Handwerkskammer zu Breslau erläßt folgende Bekanntmachung: „Anlässlich eines im Bezirk der Kammer vorgenommenen bedeutenden Falles, wobei eine Anzahl einer vorzüglichen Tischlerwerk von hohem künstlerischen Wert ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde veräußert hat, machen wir unsere Annahmen darauf aufmerksam, daß der Kammerbesitzer die Verkaufsfähigkeit über die Veräußerungen von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwert haben, gemäß § 93 der Gewerbeordnung vorbehalten bleibt. Dieser Bescheid muß weiterhin nach § 93b die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erhalten, ehe er ausgeführt werden darf. Ob ein Gegenstand einen beträchtlichen Kunst- oder historischen Wert besitzt, unterliegt der Würdigung der Aufsichtsbehörde.“

Als Ausrichtersturm ist, trotzdem gegen das Projekt in der Stadtverordneten-Versammlung und in der Bürgerschaft eine sehr lebhaft Opposition seiner Zeit sich geltend gemacht hatte, der Wassersturm der Schloßstraße eingeleitet worden. In der Plattform, die über dem Wasserreservoir in einer Höhe von 44 Meter über Straßenniveau und 170 Meter über N. N. P. sich erhebt, fährt in etwa 50 Sekunden ein von der Firma Fibro in Berlin erbaute elektrischer Personenaufzug. Oben bietet sich eine entzückende Aussicht auf die mitten im Grün der Gärten abgeteilt und von den Südparkanlagen begrenzten Villenkolonie Kleinburg, während im Hintergrunde die Strehlener Weiden, der Park, die Waldenburger Berge dem Panorama einen großartigen Abdruck bieten und bei klarem Wetter in schimmernder Ferne sogar die Konturen des Hochgebirges sich leise abheben. Nach der anderen Seite schweift der Blick über das Dänemereer der Großenstadt mit seinen vielen Türmen und den noch zahlreicheren Fabrikhäusern, die über die Stadt eine bräunlich schillernde Dämmerung schütten. Zu wünschen wäre es, wenn die Plattform der Plattform mit Orientierungsmarkern versehen würde. — Im Vorraum am Fuße des Turmes soll ein Fahrtenautomat zur Aufstellung gelangen, aus dem man sich für 10 Pf. die Erlaubnis zur Aufahrt erkaufen darf. Die Inbetriebsetzung steht in Nähe zu erwarten.

Eisenbahnmaterial-Unterschliffe in Breslau? In dem Prozeß gegen Wehmer, Hofe und Viktor Friedberg vor dem Landgericht Glogau, über den wir berichtet haben, wurde u. a. mitgeteilt, daß zur Zeit in Breslau, Gleiwitz und Kattow noch weitere Untersuchungen schweben, welche ähnliche Verbrechen beim Verkauf von Eisenbahn-Material zum Gegenstand haben, wie sie durch die Verhandlungen in Glogau, Schneidemühl und Glogau aufgedeckt worden sind. Ein Zeuge im Glogauer Prozeß, Hilfsweichensteller Schöner aus Breslau, behauptete, er habe von den im Jahre 1901 und 1902 in Breslau angeblich vorgenommenen Unregelmäßigkeiten damals der Behörde Anzeige erstattet; bald darauf sei er entlassen worden. Ob die Entlassung mit der Anzeige irgendwie zusammenhängt, konnte nicht festgestellt werden. Der Zeuge Eisenbahn-Bureauvorsteher Stahn aus Breslau glaubte, sich aus den Akten erinnern zu können, daß Schöner die Sachen auf nicht vorchriftsmäßigem Wege zur Anzeige gebracht habe und nur entlassen worden sei, weil er sich weigerte, an eine andere Dienststelle, in die er verlegt worden war, zu gehen.

Aufregende Szenen rief ein entwehrt befreundeter oder geisteskranker Schloffer am Sonnabend Nachmittag auf dem Ritterplatz hervor. Zweimal sprang er bei der Saubridde in die Ober, rettete sich aber selbst wieder ans Land. Hierauf bedrohte er Passanten mit seinem Taschenmesser. Als ein Schutzmann erschien, schloßte der Mann in den Hof des Matthiasgymnasiums und schloß sich unter schweren Drohungen auf den Beamten, der von seinem Seitengewehr Gebrauch machen mußte, um den Wütenden von sich abzuwehren. Erst mit Hilfe mehrerer Personen konnte der Mann überführt und in das Polizeigefängnis eingeliefert werden.

Von einer Unfallkantele stürzten ein 15 Jahre alter Stellmacherlehrling vom Rosowplatz am 17. d. M. in Carlswitz und brach den linken Arm. In der Feuerwache auf der Elbinstraße wurde ihm ein Verband angelegt, worauf er in das Allerheiligen-Hospital gefahren wurde.

Reiterbrand. Im Hinterhaus des Grundstücks Neue Seidenstraße 12 geriet am 17. d. M., Nachm., in einem Keller Petroleum in Brand. Dem schnellen Eingreifen der Feuerwehr gelang es, das Feuer im Keime zu erlöchen.

Die leidige Streitigkeit. In einer Restauration auf der Gräbchenstraße geriet am 16. d. M., Abends, zwei Arbeiter in Streit, wobei der eine mit einem Bierglas seinen Gegner ins Gesicht schlug. Dieser erlitt eine flache Wunde und mußte im Krankenhaus der Elisabethinerinnen Hilfe nachsuchen.

Das Glend auf der Straße. Am 17. d. M., Nachmittags, wurde auf der Werderstraße ein unbekannter, etwa 22 Jahre alter Mann in schwerem Zustand aufgefunden und in das Allerheiligen-Hospital gefahren.

Fünfzig Explosions einer Lampe entstand am 16. d. M., Abends, in einem Laden Hohenstraße 11 ein kleiner Brand, den die Feuerwehr in wenigen Minuten erlöschte.

Gefunden wurden: eine goldene Damenuhr, ein Trauring und ein Damenschirm.

Abhanden kamen: eine goldene Kette, eine Brosche mit einem Rubin und ein Portemonnaie mit 130 Mk.

Gefunden wurden: einem auf einer Bank eingeklinkten Schloffer ein Portemonnaie mit 520 Mark und eine silberne Uhr mit Goldband, einem Banarbeiters bei einer Schloffer ein Portemonnaie mit 160 Mark, einem Copieristen in einer Restauration ein Portemonnaie mit 160 Mark, einem Landwirtschaffner mit grünem Kabinen, ein Kinderbild mit rotem Rahmen, ein Bild („Roberte Meißner“) mit schwarzem Rahmen und ein Kristall-Länder mit Spiegel. Auf den Rückseiten befinden sich Eintritte mit der Aufschrift „Lohse“; einem Kaufmann von der Neuen Laurentienstraße ein Sommerüberzieher, einem Kaufmann auf der

Schuhbrücke ein Fahrrad Nr. 74,768, einem Handelsmann aus Loda auf dem Hauptbahnhof, ein Korb mit Wäsche und Kleidungsstücken.

Einbruch. Ein Schloffergelede drang am 16. d. M. Nachmittags in die Wohnung eines Malermeisters auf der Wartinsstraße ein und erbrach eine Kaffee- und eine Theekanne und brenntes Geld entwendete. Es gelang, ihn bald in Haft zu nehmen. In seinem Besitz wurden Wertpapiere gefunden, die von einem anderen Diebstahl herühren. Es sind dies 3 Stück Königl. Preussische lomb. Staatsanleihe und zwar Lit. C Nr. 189,900 über 1000 Mk., Lit. D Nr. 140,911 über 500 Mk. und Lit. E Nr. 866,874 über 800 Mk. Der Beschuldigte wurde im Zimmer 56 des Polizeigefängnisses inhaftiert.

Polizeiliche Mitteilungen. In das Polizeigefängnis wurden am 16. und 17. d. Mts. 88 Personen eingeliefert.

### Versammlungen und Vereine.

Die allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S.) hielt am Sonntag zum ersten Male im Gewerkschaftshause ihre ordentliche General-Versammlung ab. Der Bevollmächtigte, Kowalla, gab den Jahresbericht und den Kassenbericht pro 1905-06. Die Kasse hat einen Mitgliederbestand von 1203. Krankheitsfälle sind 512 zu verzeichnen, die eine Dauer von 14,171 Tagen hatten. 4900 Tage entfielen auf Krankheiten, die durch Betriebsunfälle hervorgerufen worden sind. Kowalla knüpft daran die Bemerkung, daß für genügende Schutzvorrichtungen immer noch nicht ausreichend gesorgt sei. Die Frauen-Sterbekasse hatte bei Gründung derselben 144 Mitglieder, 8 sind inzwischen verstorben und die Männer haben die statutenmäßige Sterbenunterstützung erhalten, die gerade zur Zeit der Massenauswanderung ihnen sehr zu statten kam. Die Kasse hat einschließlich des Bestandes des Jahres von 885 Mk. und eines Zuschusses von 500 Mark von der Hauptkasse eine Einnahme von 23,526.88 Mark und eine Ausgabe von 28,158.81 Mark. Es verbleibt somit ein Bestand von 368.07 Mark. Krankengeld wurde in Höhe von 23,148 Mark, Sterbegeld in Höhe von 1579 Mark ausbezahlt. Die persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten betragen 1250 Mark. Verstorben sind 18 Mitglieder. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Bei Annahme der Wahl der Ortsverwaltung gab Kollege Kowalla die Erklärung ab, das Amt des Kassierers nicht länger verwalten zu können und hat, von einer Wiederwahl seiner Person Abstand zu nehmen. Sein Gesundheitszustand erlaube ihm es nicht, den Posten weiter zu versehen. Der Bevollmächtigte dankte dem Kollegen für seine 15 jährige Tätigkeit im Dienste der Krankenkasse und die Versammelten erhoben sich zu Ehren desselben von den Räumen. Es wurden gewählt als Bevollmächtigter Kowalla, als Kassierer Kowalla, als Stellvertreter Bevollmächtigter Kowalla, als Stellvertreter Kassierer Kowalla. Außerdem wurden drei Revisoren ernannt.

Das Gartenfest des Bezirks Gräbchen, Breslauer Bauarbeiter-Verband, erfreute sich trotz des Gemitters am Vormittag eines starken Besuches, sodas der gegen 1000 Personen lassende Garten überfüllt war. Die Darbietungen der humoristischen Kapelle und der Gesangsvereine „Vorwärts“ erhielten viel Beifall. Der Umzug der Banarbeiter im Ruppischen Garten erregte Heiterkeit durch seine Originalität, drei herrliche zeitgemäße Holzerkoffen den Zug, dann folgten Banarbeiter mit ihren Symbolen, selbst der Naturmensch Gustav Nagel fehlte nicht, den Schluß bildeten meist-eitende Jungen, die ein Hausmodell trugen. Alles in allem, es war ein recht fest der Arbeiter. Das eine musterhafte Ordnung herrschte und die Polizei nichts zu tun fand, erkräftigt sich eigentlich zu erwähnen.

### Aus den Gerichtssälen.

Prozeß Gander. Bei Eröffnung der Sitzung ermahnte der Vorsitzende die Geschworenen, sie sollten sich nicht durch Stimmen, die aus der Distanz kommen, herabbringen, beirren lassen. Eine dieser Tageszeitung habe über den Prozeß einen Bericht gebracht, der die Tatsachen geradezu auf den Kopf stellt. Als Sachverständige sind zugezogen außer dem Gerichtsarzt, Professor Dr. Laffer, noch die Mediziner Professor Dr. Bonhöffer, Dr. Storch und Medizinalrat Dr. Kiepert aus Glogau, welcher dort Kreisarzt ist. Vor Eintritt in die Verhandlung wird auf Antrag zweier Verteidiger noch beschlossen, zehn weitere Zeugen telegraphisch zu laden. Als Verteidiger fungieren die Rechtsanwälte Justizrat Dr. Maroth, Dr. Die und Dr. Lefison. Die Montagverhandlung wird ganz mit der Vernehmung des Hauptangeklagten ausgefüllt.

Mehrere schwere Einbruchdiebstähle ereigneten sich in Breslau im Mai vorigen Jahres, die nach Art ihrer Ausführung demnach das Vorhandensein einer gemeinschaftlich „arbeitenden“ Gesellschaft von Spüßböden erkennen ließen. Am Montag hatten sich die Arbeiter Hermann Scherer und Richard Roschmieder, sowie der Fleischergelede Berthold Krause wegen Diebstahl und die Frau eines Bravers wegen Hehlerei zu verantworten. Die ersterwähnten drei hatten neun Monate in Untersuchungshaft gefessen. Zwei Komplizen, Mandel und Köhlich hatten sich als gefahrenlos bezeichnet und sind zuletzt auch wirklich in einer Irrenanstalt untergebracht worden. Die Verhandlung ergab folgendes:

Am 7. Mai vorigen Jahres, einem Sonntag, wurde Nachmittags in die Wohnung des Kaufmanns Lur, Neubrückstraße 78, eingebrochen; falsche Schlüssel, ein Stemmwerk und ein Fadmesser dienten als Werkzeuge. Ueber 1000 Mark bares Geld, Wechsel, Sparfassenbücher, Coupons von Wertpapieren, eine Uhr usw. war den Dieben in die Hände geraten. Eine Woche später, in der Nacht vom Sonntag auf Montag, erfolgte ein Einbruch in die Wollschische Restauration auf der Oberstraße, in der sich die Herberge der Fleischergelede befindet. Diese hatten beabsichtigt, zu einer Fahnenweiche zu fahren, und zu diesem Zweck je 15 Mk. geparkt, die in der Lage auf der Herberge aufbewahrt wurden. Die Spüßböden erbrachen die Räder und brachten das Geld in ihren Besitz. Am 28. Mai, wieder an einem Sonntag Nachmittags, wurde in die Wohnung des Malermeisters Delan, Hochauerstraße 7, eingebrochen. Vier Kisten den Dieben 6 Hundertmarkstücke 18 Mk., Kleingeld, 12 neue Zweimarkstücke, eine Halskette mit Kreuz, 6 silberne Wecklöcher z. in die Hände. Bei Lur und Delan waren jedesmal zwei Männer beobachtet worden, die die Diebstähle ausgeführt haben mußten. Nach dem Ergebnis der Vernehmung wurde es im Falle Lur die beiden Irrenanstalten Mandel und Köhlich, und bei Dr. an Mandel und der Angeklagte Scherer gemeldet sein. Bei dem Einbruch in die Herberge ist die Teilnahme von Scherer erwiesen. Im übrigen vertritt noch recht viel Dunkel, da die Angeklagten jedes Vergehen in Abrede stellen. Das Gericht kam aber auf Grund des Ergebnisses der Vernehmung zu der Ueberzeugung von der Schuld der drei ersten Angeklagten und verurteilte Scherer zu sechs Jahren Zuchthaus, Roschmieder wegen Hehlerei zu sechs Monaten Gefängnis, und ebenso Krause wegen Hehlerei zu neun Monaten Gefängnis. In allen drei Fällen wurde die Untersuchungshaft mit sechs Monaten angerechnet. Die mitangeklagte Frau des Bravers, die, während ihr Mann eine 2 1/2 jährige Zuchthausstrafe verbüßte, mit Krause ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, wurde von der Anklage der Hehlerei freigesprochen.

Geisteskrank? Der Landwirt Josef Steiner, der als Einjährig-Freiwilliger gedient hatte, war vom 19. April ab als Unteroffizier in einer Abteilung eingezogen. Am 5. Mai früh entsetzte er sich aus der Kaserne des Trainbataillons in Breslau ohne Genehmigung, irzte plantos 10 Tage umher, und wanderte schließlich bis nach der Provinz Polen. Er lebte nur von Wasser, Wurzeln z. Schließlich kehrte er zu Fuß wieder zurück. Er mußte sofort ins Lazarett, da er völlig krank und herunter war. Vor dem Kriegsgericht in Breslau beantragte Kriegsgerichtsrat Diehl trotzdem sechs Wochen und einen Tag Gefängnis. Rechtsanwalt Sid als Verteidiger beantragte Freisprechung, der Angeklagte habe in rechtig nicht normalen Zuständen gehandelt. Das Gericht urteilte, daß der Angeklagte doch vielleicht geistig minderwertig sei und beschloß Aussetzung der Sache bezug Beobachtung.

